

2009



OEZA-Bericht 2009

*Thematische
Schwerpunkte*

Impressum

Herausgeber und Verleger:

Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten
Sektion VII – Österreichische Entwicklungszusammenarbeit
Minoritenplatz 8, 1014 Wien, Österreich
Tel.: +43 (0)501150-4454
Fax: +43 (0)501159-4454
abtvi4@bmeia.gv.at
www.entwicklung.at

Dieser OEZA-Bericht wurde erstellt von:

- Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten,
Sektion VII – Österreichische Entwicklungszusammenarbeit
- Austrian Development Agency

Fotos: Cover: Josef Schuster, Miguel Dieterich, Stefan Pleger, Günther Stachel
Alle anderen Fotos wurden von der Austrian Development Agency und Partnern
zur Verfügung gestellt.

Gestaltung: Grayling Austria
Layout: design.ag, Alice Gutleiderer
Wien, Dezember 2010

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	3
Geleitwort	5
Entwicklungspolitik 2009	6
Ländliche Entwicklung	10
Wasser und Siedlungshygiene	14
Energie	18
Governance	22
Bildung und Wissenschaft	26
Wirtschaft und Entwicklung	30
Armutsminderung	36
Gender	40
Umwelt	44
NRO-Kooperation	48
Humanitäre Hilfe	52
Entwicklungspolitische Kommunikation und Bildung in Österreich	56



Abkürzungsverzeichnis

ADA	Austrian Development Agency, die Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit
APPEAR	<i>Austrian Partnership Programme in Higher Education and Research for Development</i>
AVP	Afrika Vernetzungsplattform
BMeiA	Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten
BMWFJ	Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend
DAC	<i>Development Assistance Committee</i> , Entwicklungshilfeausschuss (der OECD)
DCED	<i>Donor Committee for Enterprise Development</i>
DevCo	<i>Infrastructure Development Collaboration Partnership Fund</i>
EAC	<i>East African Community</i> , Ostafrikanische Gemeinschaft
ECOWAS	<i>Economic Community of Western African States</i> , Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft
EFSE	<i>European Fund for Southeast Europe</i>
ENVSEC	<i>Environment and Security Initiative</i>
EU	Europäische Union
GENE	<i>Global Education Network Europe</i>
GFSE	<i>Global Forum on Sustainable Energy</i>
IRENA	<i>International Renewable Energy Agency</i>
ISAF	<i>International Security Assistance Force</i> der NATO
KWAHO	<i>Kenya Water for Health Organisation</i>
LRA	<i>Lord's Resistance Army</i>
NATO	<i>North Atlantic Treaty Organization</i>
NRO	Nichtregierungsorganisation(en)
OECD	<i>Organisation for Economic Co-operation and Development</i> , Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OEZA	Österreichische Entwicklungszusammenarbeit
PIDG	<i>Private Infrastructure Development Group</i>
ProBEC	<i>Basic Energy Conservation Programme</i>
REC	<i>Regional Environment Centre</i>
REPARIS	<i>The Road to Europe: Program of Accounting Reform and Institutional Strengthening</i>
SADC	<i>Southern African Development Community</i> , Südafrikanische Entwicklungsgemeinschaft
SG-SICA	Secretaría General del Sistema de la Integración Centroamericana
TAF	<i>Technical Assistance Facility</i>
UNEP	<i>United Nations Environment Program</i> , Umweltprogramm der Vereinten Nationen
UNESCO	<i>United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization</i> , Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur
UNHCR	<i>United Nations High Commissioner for Refugees</i> , Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen

UNICEF	<i>United Nations Children's Fund, Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen</i>
UNIDO	<i>United Nations Industrial Development Organization, Organisation für industrielle Entwicklung der Vereinten Nationen</i>
UNITAR	<i>United Nations Institute for Training and Research, Ausbildungs- und Forschungsinstitut der Vereinten Nationen</i>
UNRWA	<i>United Nations Relief and Work Agency, Hilfswerk für Palästina-Flüchtlinge der Vereinten Nationen</i>
VIDC	<i>Wiener Institut für internationalen Dialog und Zusammenarbeit</i>
VN	<i>Vereinte Nationen</i>
WSP	<i>Water and Sanitation Programme</i>

Geleitwort



2009 war ein herausforderndes Jahr für die Österreichische wie die internationale Entwicklungszusammenarbeit. Dabei war uns die Stärkung ganzheitlicher politischer Ansätze ein besonderes Anliegen. Um effektiv und effizient zu sein, muss Entwicklungspolitik als Querschnittsaufgabe vieler Politikbereiche wahrgenommen werden. Denn Entwicklungszusammenarbeit ist die Aufgabe und Verantwortung der gesamten Bundesregierung. Unsere Schwerpunkte waren heuer Klimaschutz/Energie sowie die Themen Wirtschaft bzw. Sicherheit und Entwicklung.

Der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit ist Klimaschutz nicht erst seit dem internationalen Klimaschutzgipfel in Kopenhagen ein Anliegen. So unterstützt Österreich seit Jahren klimarelevante Projekte in Entwicklungsländern und fördert dabei besonders Projekte zu Energieeffizienz und erneuerbaren Energien. Auch im Leitfaden Umwelt und Entwicklung, den wir gemeinsam mit dem Umweltministerium erarbeitet haben, ist Klimaschutz einer der Schwerpunkte.

Der Zugang zu nachhaltiger und leistbarer Energie ist auch der Schlüssel für die wirtschaftliche Entwicklung der ärmeren Länder der Welt. Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit zielt daher darauf ab, diese Wechselwirkung zwischen Wirtschaft und Entwicklung noch stärker zu betonen. Unser Ziel ist es, einen rot-weiß-roten Beitrag zur Stärkung unternehmerischen Handelns in den Entwicklungsländern zu leisten. So fördern wir Investitionen, die sowohl einen entwicklungspolitischen als auch einen unternehmerischen Mehrwert schaffen.

Um auch dem Zusammenspiel von Sicherheit und Entwicklung besser gerecht zu werden, erarbeiten wir gemeinsam mit dem Verteidigungsministerium und der Zivilgesellschaft einen Leitfaden zur besseren Kohärenz unserer Aktivitäten.

Mit Blick in die Zukunft ist es mir wichtig, sich nicht auf bisher Erreichtem auszuruhen. Im Gegenteil, es geht darum, noch kohärenter und effizienter zu agieren. Die Konzentration der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit auf bestimmte Themen und Sektoren, in denen Österreich einen Mehrwert anbieten kann, trägt dazu bei, dass die vorhandenen Mittel zielgerichtet und wirkungsvoll eingesetzt werden. Der vorliegende Bericht gibt einen ausführlichen Überblick über unsere entwicklungspolitischen Schwerpunkte.

Dr. Michael Spindelegger
Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten

Entwicklungspolitik 2009

Sicherheit und Entwicklung gehen Hand in Hand

Frieden und Entwicklung sind unteilbar. Entwicklung braucht einen sicheren Rahmen, und Sicherheit kann nur nachhaltig sein, wenn Entwicklung stattfindet. Die Entwicklungspolitik widmet sich daher zunehmend fragilen Situationen und reagiert damit auch auf veränderte sicherheitspolitische Rahmenbedingungen. So hat sich der 2009 erstmals erschienene *European Development Report* mit dieser Thematik auseinandergesetzt.

Für die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit ist die Sicherung von Frieden und menschlicher Sicherheit eines ihrer gesetzlich verankerten Hauptziele. Im Sinne kohärenter und effizienter Entwicklungspolitik ist es wichtig, dass alle in diesem Bereich tätigen Akteure koordiniert, komplementär und kohärent agieren.

Im März 2009 fand auf Initiative der Schweiz in Genf die sogenannte 3C Konferenz *Improved results in conflict and fragile situations: Towards a coherent, coordinated, complementary approach across security, diplomacy, aid and finance* statt. Die Tagung befasste sich mit der verstärkten Kooperation zwischen Entwicklungszusammenarbeit, Diplomatie, Militär und anderen relevanten Akteuren. Mit der *3C Roadmap* gelang es der Schweiz, internationale Standards zu setzen. Österreich engagierte sich dafür, Nichtregierungsorganisationen (NRO) in die Überlegungen einzubeziehen, und wird 2010 die Nachfolgekonferenz in Wien ausrichten.

Österreichische Initiative zu den sozioökonomischen Auswirkungen von internationalen Friedensmissionen

Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit präsentierte in Genf zudem eine Initiative, die die sozioökonomischen Auswirkungen von friedenserhaltenden Operationen auf die lokale Gesellschaft anspricht. Im Zentrum steht, den Einsatz internationaler Friedenstruppen entwicklungs sensitiver zu gestalten. Über komplexe Missionen fließen beträchtliche Geldbeträge in die Einsatzregionen. Dies kann zu Verzerrungen der lokalen Wirtschaft führen und trägt häufig nicht zur Entwicklung der Region bei. Es wäre daher sinnvoll, die ökonomischen Potenziale friedenschaffender und -erhaltender Operationen besser für Entwicklung zu nutzen. Dadurch sollen Staaten in Post-Konfliktsituationen bei ihrem Neustart bestmöglich unterstützt werden.

Bei den Europäischen Entwicklungstagen in Stockholm wurde die Initiative einem breiten Publikum vorgestellt. Gemeinsam mit Partnern aus Schweden, Deutschland und Großbritannien organisierte Österreich die hochrangig besetzte Panel-Veranstaltung *Security and Development – the Impact of International Missions on Local Society*, die auf großes Interesse stieß. Die Informationsbroschüre *International Peace Operations and Local Society*¹ geht auf Herausforderungen ein, denen sich die internationale Gemeinschaft in diesem Bereich stellen muss.

¹ http://www.entwicklung.at/service/publikationen/folder_und_broschueren/

Auf Ebene der Europäischen Union (EU) wurde die Initiative in die Ratsschlussfolgerungen zu Politikkohärenz vom November 2009 eingebracht.

Auch als Mitglied des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (VN) für die Periode 2009/2010 setzt sich Österreich in der laufenden *Peacekeeping* und *Peacebuilding*-Reform für die stärkere Berücksichtigung der sozioökonomischen Auswirkungen internationaler Missionen ein.

Weitere internationale Akteure, die die Stoßrichtung der österreichischen Initiative verfolgen, sind die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), das *International Network on Conflict and Fragility*, die NATO und die Weltbank.

Im November 2009 nahm der Ministerrat das aktuelle Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik 2009–2011 an, in dem erstmals Orientierungen zum Thema Sicherheit und Entwicklung und damit die Initiative festgelegt wurden. Außerdem wurde für 2010 die Ausarbeitung eines interministeriellen Strategischen Leitfadens zu Sicherheit und Entwicklung beschlossen.

Umwelt, Klima und Entwicklung

Mehr als eine Milliarde Menschen hat keinen Zugang zu sauberem Wasser. Die enormen Fortschritte der vergangenen Jahre werden nicht ausreichen, um in Afrika das Millenniums-Entwicklungsziel, den Anteil der Menschen ohne nachhaltigen Zugang zu gesundem Trinkwasser um die Hälfte zu senken, zu erreichen. Erst rund die Hälfte der Bevölkerung in Entwicklungsländern verfügt über Sanitärversorgung.

Armut ist Ergebnis, Ursache und Symptom von Umweltzerstörung

Extreme Situationen können Menschen dazu veranlassen, ihre unmittelbare Umwelt auszubeuerten. Bodenerosion, Entwaldung und Überweidung sind die Folgen. Dies wiederum schädigt die natürlichen Ressourcen und wirkt sich negativ auf die Ernährungssicherheit aus.

Umweltschutz und Entwicklung müssen einander ergänzen und fördern. Armutsminderung und nachhaltige Entwicklung können nur erfolgreich sein, wenn Umweltaspekte konsequent berücksichtigt werden. Dabei gilt es, die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Menschen mit den ökologischen Anforderungen in Einklang zu bringen.

Folgen der Erderwärmung

Laut *Millennium Ecosystem Assessment 2005* können die Millenniums-Entwicklungsziele bei anhaltender Degradation von Umwelt und natürlichen Ressourcen wahrscheinlich nicht bis 2015 erreicht werden. Ökosysteme erbringen eine Reihe von Dienstleistungen, etwa sauberes Wasser oder Bodenfruchtbarkeit. Diese sind wesentlich für die Sicherung der Existenz und Lebensqualität der Menschen. Gerade in Entwicklungsländern sind Ökosystemleistungen von zentraler Bedeutung für das Überleben eines Großteils der Bevölkerung. Vor allem in ländlichen Gebieten sind Land- und Forstwirtschaft meist die einzigen Möglichkeiten, den Lebensunterhalt zu bestreiten.

Die Auswirkungen des Klimawandels stellen also vor allem für die ärmsten Länder eine konkrete Bedrohung dar. Zunehmende Dürren, häufigere Überschwemmungen, stärkere Erosion und veränderte Temperaturregime verschärfen die bereits schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen.

Auch für Investitionen der Entwicklungszusammenarbeit birgt der Klimawandel ein erhöhtes Risiko. Studien der OECD zufolge sind zum Beispiel in Bangladesh rund 60 Prozent der Investitionen durch klimabedingte Überschwemmungen bedroht. In Nepal wurde das mit österreichischen Mitteln errichtete Wasserkraftwerk Namche Bazar nach einem Gletscherseeausbruch überflutet. Die Gefahr solcher Ausbrüche steigt durch die Erderwärmung.

Um die erreichten Entwicklungsziele nicht zu gefährden und die fragile sozioökonomische wie auch ökologische Situation in den ärmsten Ländern nicht weiter zu verschärfen, stehen daher Fragen des Klimawandels seit Jahren weit oben auf der internationalen entwicklungspolitischen Agenda.

In der österreichischen Entwicklungspolitik sind der Schutz der Umwelt und der Erhalt der natürlichen Ressourcen seit 2003 gesetzlich verankert. Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit konzentriert sich darauf, dieses Ziel als Querschnittsthema auf allen Ebenen des Dialogs und der Zusammenarbeit konsequent und durchgängig zu integrieren. Zu den thematischen Schwerpunkten zählen seit Längerem nachhaltige Grundversorgung mit Wasser und sanitären Einrichtungen, erneuerbare Energien sowie biologischer Landbau. Auch die Verringerung der Verwundbarkeit der Entwicklungsländer durch die Auswirkungen des Klimawandels wird berücksichtigt.

Der Strategische Leitfaden Umwelt und Entwicklung, der unter Federführung des Außenministeriums gemeinsam mit dem Lebensministerium, der Austrian Development Agency (ADA) und VertreterInnen der Zivilgesellschaft erarbeitet und vom Ministerrat zur Kenntnis genommen wurde, legt Österreichs Prinzipien und Handlungsfelder erstmals explizit fest:

- Synergien zwischen Umweltschutz und Armutsreduzierung fördern,
- Entwicklungsmaßnahmen müssen negative Auswirkungen auf die Umwelt verhindern und positive Effekte maximieren,
- integrierte, multisektorielle Ansätze vorzugsweise verfolgen,
- lokale Eigentümerschaft und lokales Management der natürlichen Ressourcen fördern,
- Bewusstseinsbildung und Kapazitätsentwicklung im Umweltschutz unterstützen,
- holistischen Zugang zu Umweltgütern und gerechte Beteiligung am Nutzen von Umweltschutz fördern,
- international zusammenarbeiten und zur Umsetzung der Umweltkonventionen beitragen,
- Erfahrungen und Know-how der österreichischen Gesellschaft nutzen.

Als prioritäre Felder der Zusammenarbeit an der Schnittstelle zwischen Umwelt und Entwicklung gelten:

- nachhaltiges Management der natürlichen Ressourcen, Bekämpfung von Wüstenbildung und Erhalt der Biodiversität,
- nachhaltiges Chemikalien- und Abfallmanagement,
- Klimaschutz,
- Wasser und Siedlungshygiene.

Der Weltklimagipfel

Im Dezember 2009 trafen in Kopenhagen mehr als 40.000 VertreterInnen von Regierungen, internationalen Organisationen und der Zivilgesellschaft zur Konferenz der VN-Klimakonvention zusammen. Aus entwicklungspolitischer Sicht war die Tagung zweifellos eine Enttäuschung. Nach zwei Jahren Verhandlung im Vorfeld brachte sie letztlich kaum greifbare Ergebnisse. Für die am meisten vom Klimawandel betroffenen Länder wie die kleinen Inselstaaten und die am wenigsten entwickelten Länder gab es keine verbindlichen Zusagen, sondern nur Absichtserklärungen. Die Industrienationen wollen den Entwicklungsländern bis zum Ende des Kioto-Protokolls 2012 30 Milliarden US-Dollar als *Fast Start*-Finanzierung zum Kampf gegen den Klimawandel zur Verfügung stellen. Die Europäische Union versprach, dazu 7,2 Milliarden Euro beizusteuern. Dazu wiederum wird Österreich jeweils 40 Millionen Euro pro Jahr beizutragen haben.

Auf ExpertInnenebene war das Verhandlungsklima gut. Im entwicklungspolitisch besonders relevanten Bereich der Anpassung an den Klimawandel einigte man sich auf wichtige Prinzipien und Verfahren finanzieller Unterstützung. Die koordinierende Rolle erhalten die Empfängerländer. Die Anpassungsmaßnahmen sollen gendersensitiv und partizipativ entwickelt werden, auf besten wissenschaftlichen Erkenntnissen aufbauen, aber auch traditionelles Wissen berücksichtigen. Sie sind in die relevanten sozialen, wirtschaftlichen und Umweltpolitiken zu integrieren. Einigkeit herrschte auch darüber, dass die Widerstandsfähigkeit sozioökonomischer und ökologischer Systeme erhöht, das Risiko von Katastrophen verringert und mehr Bewusstsein in der betroffenen Bevölkerung geschaffen werden müssen. Insgesamt handelt es sich um einen langen, aber entwicklungspolitisch wertvollen Katalog. Trotzdem gelang es nicht, wichtige Eckpunkte zu vereinbaren.

Auch auf politischer Ebene scheiterten die Verhandlungen über die Finanzierung sowie über Institutionen, die Kompensation von Verlust und Schaden, die Versicherungen gegen Klimaereignisse, den finanziellen Ausgleich für Mindereinnahmen aufgrund geringeren Verbrauchs von Kohlenwasserstoffen und über die erforderlichen Mittel für *Monitoring, Reporting* und *Verification*.

Die Leidtragenden bleiben die verletzlichsten Länder. Diese haben am wenigsten zum Klimawandel beigetragen, sind aber am stärksten davon betroffen. Darüber hinaus verfügen sie über die geringsten Ressourcen, um sich anzupassen. Entscheidend wird sein, ob die Industrieländer ihre Selbstverpflichtungen tatsächlich ernst nehmen und die zugesagten Mittel unverzüglich zur Verfügung stellen. Andernfalls droht der nächsten Klimakonferenz in Mexiko 2010 ebenfalls ein Misserfolg.



Ländliche Entwicklung

Die Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln ist zunehmend gefährdet. Wachsende Bevölkerungszahlen und der kontinuierliche Rückgang produktiver Flächen tragen ebenso dazu bei wie Ernteausfälle und klimatische Veränderungen. Weitere Ursachen sind die Nutzung von Land für die Produktion von Agrartreibstoffen und die Übernutzung der natürlichen Ressourcen durch ökologisch nicht nachhaltige Produktionsverfahren. Aktuell stellt der zunehmende Ausverkauf von produktivem Land in afrikanischen Ländern an ausländische Investoren eine große Herausforderung dar. Insgesamt sind in zahlreichen ländlichen Regionen deutlich verlangsamtes Wachstum sowie stärkere regionale Ungleichheiten zu beobachten. Besonders problematisch ist der Zugang armer, benachteiligter und verwundbarer Bevölkerungsgruppen zu Nahrungsmitteln.

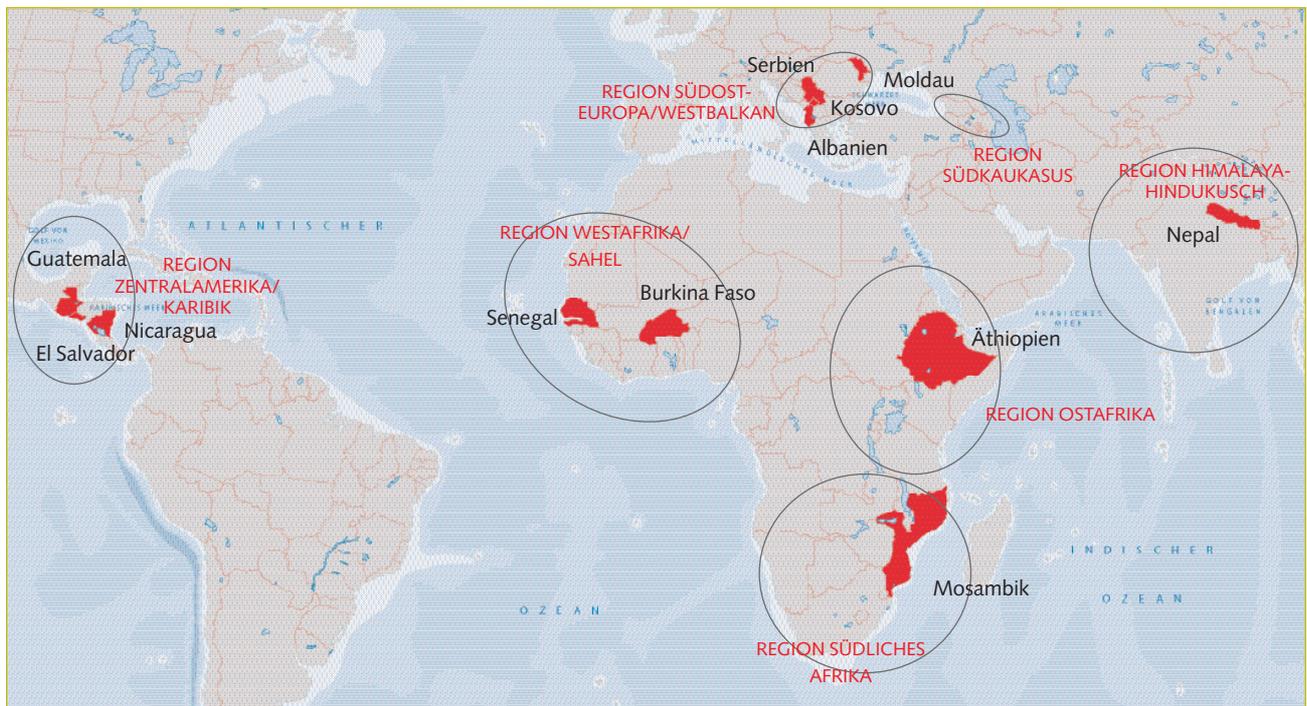
Diese strukturellen Herausforderungen bestimmten 2009 den internationalen Diskurs: So erarbeitete etwa die Europäische Kommission eine Politik zu Ernährungssicherheit. Eine informelle Arbeitsgruppe der EU beschäftigte sich mit Fragen der Sicherung von Landrechten und des Zugangs zu Land. Nicht zuletzt widmete sich auch die *Global Donor Platform for Rural Development* diesen Themen und beteiligte sich intensiv an der Diskussion über Klimawandel und dessen Folgen. ■

Schlüsselbegriff

■ AUSLÄNDISCHE INVESTITIONEN/AUSVERKAUF VON LAND

Ausländische Investitionen sind notwendig, erfolgen aber nicht immer zugunsten der Entwicklungsländer. Vielfach wird mit landwirtschaftlichen Nutzflächen in Entwicklungsländern spekuliert oder es werden große Agro-Industrien zur Sicherung der Energie- und Nahrungsmittelversorgung der entwickelten Länder aufgebaut.

Geografische Schwerpunkte der OEZA-Aktivitäten im Bereich Ländliche Entwicklung



Aktivitäten 2009

2009 beschäftigte sich die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit im Sektor Ländliche Entwicklung schwerpunktmäßig mit der Analyse internationaler Erfahrungen sowie mit der Aufbereitung von *Good Practice*-Beispielen und Positionspapieren. Aufgrund der anhaltenden Brisanz des Themas wurde das Fokuspapier „Ernährungssicherheit – International vereinbartes Ziel und Menschenrecht“ aus dem Jahr 2008 aktualisiert. Auch an der Strategie zur ökologischen Landwirtschaft wurde weitergearbeitet und dabei vor allem die Umsetzung der entsprechenden Maßnahmen überprüft. Diese umwelt- und ressourcenschonende, sozial verträgliche Form der





Landwirtschaft bietet vor allem Klein(st)bauern und -bäuerinnen die Möglichkeit, ihre Ernährung zu sichern und zusätzliches Einkommen zu erwirtschaften – teilweise sogar über den Export von zertifizierten landwirtschaftlichen Produkten.

Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit setzt sich zunehmend auch mit Landfragen auseinander. Dabei geht es darum, gleichberechtigten Zugang zu Land – vor allem für Frauen – zu schaffen und nachhaltige Landnutzungsplanung als wesentliche Grundbedingung für lokale Ernährungssicherung zu etablieren. Die Verankerung von Menschenrechten wie des Rechts auf Nahrung, aber auch des Rechts auf Land auf lokaler Ebene und gute Regierungsführung sind dabei essenziell.

Im Rahmen der Länderprogrammierung untersuchte die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit, inwieweit ländliche Entwicklung in Äthiopien, Burkina Faso, Mosambik und im südlichen Afrika sowie in Moldau und Albanien mit Prozessen und Programmen zu Armutsminderung, Dezentralisierung und lokalen Entwicklungskonzepten verknüpft ist. Darüber hinaus begleitete sie fachlich die Umsetzung ländlicher Entwicklungsprogramme durch die Partnerregierungen und andere Geber. Dafür ist eine genaue Analyse des lokalen Umfelds, der jeweiligen sozioökonomischen Bedingungen sowie des institutionellen und kulturellen Kontextes erforderlich. Lokale Entwicklungspläne sind entscheidende Parameter der Programmierung und Entscheidungsfindung. Wesentlich für Interventionen ländlicher Entwicklung ist die nachhaltige Entwicklung der Kapazitäten aller am Entwicklungsprozess beteiligten Akteure, vor allem auf lokaler Ebene. Von zentraler Bedeutung ist außerdem, arme, verwundbare und benachteiligte Bevölkerungsgruppen in die Lage zu versetzen, sich an Entscheidungsfindungsprozessen zu beteiligen.

Erfolge 2009

Mosambik: Sektorprogramm Landwirtschaft 2007–2010

*Partner:
Mosambikanisches
Landwirtschaftsministerium*

Das umfassende Landwirtschaftsprogramm ProAgri konzentrierte sich zunächst vorwiegend auf die notwendigen institutionellen Reformen auf nationaler Ebene. Anschließend verlagerte sich der Schwerpunkt der Interventionen auf die dezentrale Ebene, auf Provinzen und Distrikte. Im Vordergrund stehen die Entwicklung der Kapazitäten der lokalen öffentlichen Verwaltung für technische Beratung und die Förderung mosambikanischer LandwirtInnen, vor allem kleinbäuerlicher Betriebe, durch Training und die Vergabe von Land. Dadurch werden die landwirtschaftliche Produktion und die Entwicklung von Agro-Industrie für den heimischen Markt und Exportmärkte bei gleichzeitigem nachhaltigem Management der natürlichen Ressourcen gestärkt.

Erzielte Ergebnisse

- Weitere Strukturreform und mehr Effizienz auf nationaler und dezentraler Ebene
- Sicherung der Ernährung und Schaffung von Einkommen für rund 380.000 ProduzentInnen etwa durch Beratungsleistungen
- Gesteigerte Produktion von Saatgut: 12,6 Tonnen 2009 gegenüber 11,4 Tonnen 2006
- Steigerung der Schutzimpfungen gegen die Geflügelkrankheit Newcastle: 3,2 Millionen 2009 gegenüber 2 Millionen 2006

Guatemala: Stärkung der lokalen Wirtschaft und BürgerInnenbeteiligung

Im westlichen Hochland von Guatemala lebt ein Großteil der Bevölkerung in Armut. Mit österreichischer Unterstützung wird in vier ländlichen Gemeinden durch bessere Produktion und Vermarktung in Tourismus und Landwirtschaft die lokale Wertschöpfung erhöht. Auch die politischen Beteiligungsprozesse werden optimiert. Wesentlich ist die möglichst breite Einbindung der Bevölkerung, vor allem von Frauen, in die lokale Entwicklungsplanung. Der Aufbau der erforderlichen institutionellen Kapazitäten sowie deren Beratung sind wichtige Begleitmaßnahmen. So erhalten etwa Gemeindeverwaltungen und ProduzentInnen das nötige Know-how, um Produktionsketten für die Herstellung von Kaffee, Honig oder etwa Tomaten zu schaffen bzw. zu stärken.

Partner: GOPA

Erzielte Ergebnisse

- Verbesserte Lebensbedingungen von rund 92.000 Menschen sowie deren verstärkte Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen
- Höhere lokale Wertschöpfung

Äthiopien: Nachhaltiges Ressourcenmanagement in Nord-Gondar

Bereits seit Mitte der 1990er-Jahre engagiert sich die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit in Nord-Gondar im Regionalstaat Amhara. Gemeinsam mit der Regionalregierung sichert sie die Existenz äthiopischer Kleinbauern und -bäuerinnen und verbesserte deren Lebensstandard durch die nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen. Das aktuelle Programm besteht aus einem Paket komplementärer Maßnahmen: So werden etwa marktorientierte Viehwirtschaft, moderne Zuchtssysteme und -technologien sowie Ausbildungszentren ebenso gefördert wie die Schaffung alternativer Einkommensmöglichkeiten. Auch die Lösung von Fragen des Landbesitzes und der Landnutzung sowie der Aufbau der Kapazitäten lokaler Akteure werden unterstützt. Für Bauern und Bäuerinnen werden Kleinkredite bereitgestellt. All diese Aktivitäten tragen zur Ernährungssicherung bei und verringern die häufig bereits chronische Abhängigkeit von externer Nothilfe.

Partner: Bureau of Finance and Economic Development

Erzielte Ergebnisse

- Höheres Einkommen durch verbesserte Viehwirtschaft und Vermarktung, nachhaltige Bodenbewirtschaftung und Zugang zu Kleinkrediten für 15.000 Haushalte
- Verbesserte Methoden nachhaltiger Bodenbewirtschaftung
- Verbesserte Kapazitäten der beteiligten Akteure



Wasser und Siedlungshygiene

Jährlich sterben mehr als 1,9 Millionen Menschen an Krankheiten infolge schlechter Wasserqualität. 2,6 Milliarden Menschen haben keinen Zugang zu sanitärer Grundversorgung, beinahe einer Milliarde Menschen mangelt es an geeigneter Trinkwasserversorgung.

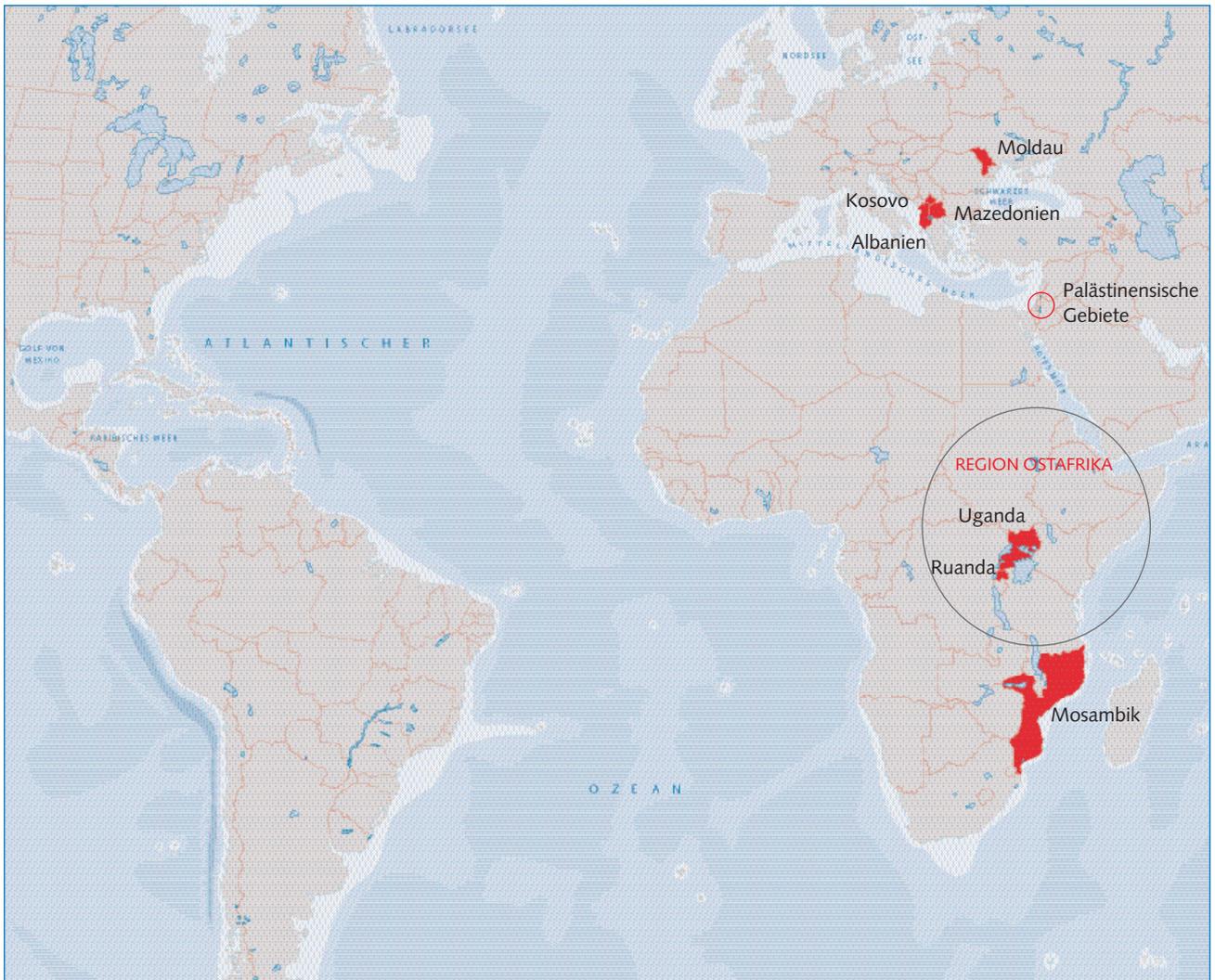
Neben der humanitären Dimension sind heute auch die volkswirtschaftlichen Folgen mangelhafter Wasser- und Sanitärversorgung anerkannt. Laut der Studie *Economics of Sanitation Initiatives* des *Water and Sanitation Programme* der Weltbank aus dem Jahr 2009 verursachen unzureichende Sanitärversorgung und Hygiene etwa in Kambodscha, Indonesien, auf den Philippinen und in Vietnam einen volkswirtschaftlichen Schaden in der Höhe von insgesamt 9 Milliarden US-Dollar. Das sind rund 2 Prozent des Bruttonationalprodukts dieser Länder.

Österreich unterstützt die Arbeit des *Water and Sanitation Programme* seit 2004, vor allem in Afrika, wo die *Economics of Sanitation Initiative* 2010 weitergeführt wird.

Insgesamt verfolgt Österreich einen integrierten Ansatz. Aspekte wie die Finanzierung und der Aufbau institutioneller Kapazitäten oder Querverbindungen zu anderen Sektoren wie Gesundheit oder Ernährungssicherheit sind oft entscheidend für dauerhaften Erfolg. An nationale Sektorprogramme angepasste gemeinschaftliche Finanzierungsmodalitäten, wie zum Beispiel Sektorbudgethilfe oder Korbfinanzierung, werden damit zur wichtigsten Form der Zusammenarbeit. Trotzdem setzt die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit auf das Zusammenwirken verschiedener Instrumente und Modalitäten. Der angepasste Mix hängt vom Organisationsgrad der Institutionen, von den Kapazitäten und den Koordinationsmechanismen im Partnerland ab.

Der Aufbau von Strukturen, die Anpassung an nationale Strategien und die Kooperation mit anderen Gebern sind heute zentrale Anliegen im Wassersektor. Einzelprojekte werden nur noch durchgeführt, um innovative Ansätze vor deren Einbettung in große Sektorprogramme zu testen.

Geografische Schwerpunkte der OEZA-Aktivitäten im Bereich Wasser und Siedlungshygiene





Aktivitäten 2009

Österreich hatte 2009 den Vorsitz in der *Africa Working Group* der EU-Wasserinitiative. Hier erfolgt die Abstimmung aller europäischen Akteure im Wassersektor, um die Effektivität der Maßnahmen zu steigern und dadurch die sektorrelevanten Millenniums-Entwicklungsziele zu erreichen. In diesem Sinne wurden 2009 die sektorbezogenen Mittelflüsse der Europäischen Kommission und der Mitgliedsstaaten genau analysiert und Potenziale zur Effizienzsteigerung festgestellt. Demnach soll mehr Geld in fragile Staaten fließen und die notorische Vernachlässigung von Sanitärversorgung aufgebrochen werden. Dies soll nun nach und nach im *Policy-Dialog* mit den relevanten Akteuren umgesetzt werden. Das *African Ministerial Council on Water* ist hier der Schlüsselpartner der *Africa Working Group*.

Von 8. bis 10. Juni 2009 richtete Österreich in Wien das *Governing Council Meeting* des *Water and Sanitation Programme* (WSP) der Weltbank aus. Dabei konnte die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit entsprechend dem Fokus ihrer Leitlinie Wasser einen klaren Akzent setzen: Die Arbeit des WSP soll sich künftig mehr auf stark wachsende Kleinstädte in ländlichen Regionen Afrikas konzentrieren. Infrastrukturentwicklung spielt dabei eine wesentliche Rolle. Ländliche Regionen sollen gestärkt und der Verstädterung soll entgegengewirkt werden.

Ein weiteres wichtiges Thema war 2009 die strategische Ausrichtung des österreichischen Engagements im Wassersektor in Albanien. Künftig sollen die Mittel der OEZA vermehrt in Kapazitätsentwicklung fließen. Im Zuge einer Sektoranalyse wurden dafür die inhaltlichen Grundlagen erarbeitet. Wasserversorger sollen zu ökonomisch soliden Einrichtungen zusammengeschlossen und deren Kapazitäten gestärkt werden. Dies gewährleistet den nachhaltigen Betrieb der bisher hoch subventionierten Wasserwerke. Auch sollen unterversorgte Gebiete an das Wassernetz angeschlossen werden.

In Moldau wurde eine Machbarkeitsstudie für die Rehabilitierung der Wasserversorgung der Stadt Nisporeni und ihrer Umlandgemeinden durchgeführt.

Erfolge 2009

Kap Verde: Flussgebiete nachhaltig nutzen

Ein Programm für integriertes Flussgebietsmanagement verbessert die Lebensbedingungen in drei Gebieten der kapverdischen Insel Santiago. Die steilen Flusstäler sind dicht besiedelt und verfügen über wenig Wasser. Dies erfordert umsichtige landwirtschaftliche Nutzung. Mit österreichischer Unterstützung wurden Brunnen und Wasserreservoirs gebaut, neue Leitungen errichtet und die landwirtschaftliche Nutzung durch Tröpfchenbewässerung und Familiengärten optimiert. Dadurch

*Partner: Landwirtschafts-
abteilung des Wasser-
ministeriums, lokale
Bauerngenossenschaften,
Nationales Institut für
Wasserressourcen-
Management, Kap Verde*

hat sich die Produktion vervielfacht. Ein wesentlicher Erfolg ist, dass die Bauernfamilien ihren Wasserverbrauch kontrollieren und Ressourcenschutz zu einem allgemeinen Anliegen geworden ist. Die Erfahrungen sollen auch in anderen Landesteilen genutzt werden.

Erzielte Ergebnisse

- Bessere Lebensbedingungen für ca. 13.000 Menschen
- Größere verfügbare Wassermenge und verbesserte Trinkwasserversorgung
- Moderne, effizientere Bewässerungsformen

Kenia: Wasserversorgung in Frauenhand

Die fast 20-jährige Zusammenarbeit mit der *Kenya Water for Health Organisation* (KWAHO) konzentrierte sich auf das Tana-Delta in der Coastal Province am indischen Ozean sowie auf Maseno und Kombewa im Kisumu District am Ufer des Viktoriasees. KWAHO verfolgt einen selbst entwickelten partizipativen Trainingsansatz. Frauengruppen wurden darin geschult, Wassereinrichtungen nachhaltig zu betreiben und zu erhalten. Im Sinne eines geordneten Rückzugs nach Projektabschluss im Jahr 2009 unterstützte Österreich die Organisation unter anderem bei der Erarbeitung eines strategischen Operationsplans für die kommenden fünf Jahre.

Partner: Kenya Water for Health Organisation

Erzielte Ergebnisse

- Bau von ca. 240 Bohrbrunnen und Quelfassungen,
- rund 110 Regenwasser-Fassungen und
- etwa 490 Sanitäreinrichtungen mit 4,5 Millionen Euro.
- Davon profitieren etwa 170.000 Menschen.

Moldau: Sauberes Trinkwasser in Cantemir

Im Juni 2009 eröffneten VertreterInnen Moldaus und Österreichs die neue Trinkwasserversorgungsanlage der moldauischen Bezirkshauptstadt Cantemir. Dadurch ist die Wasserversorgung für fast 3.000 Menschen gesichert. Bisher stand den EinwohnerInnen nur wenige Stunden täglich Wasser in schlechter Qualität zur Verfügung. 1,3 Millionen Euro wurden in die gemeinsam mit lokalen Partnern errichtete Trinkwasseraufbereitungsanlage und die Instandsetzung des Leitungsnetzes investiert. Entsprechende Schulungsprogramme gewährleisten auch künftig die Wartung und Instandhaltung der Anlagen.

Partner: Gemeinde Cantemir, Moldau; Posch & Partner GmbH, Österreich

Erzielte Ergebnisse

- Einwandfreies Trinkwasser für rund 1.100 Haushalte und viele öffentliche Gebäude
- Verbesserte Lebenssituation und wirtschaftliche Perspektiven in Cantemir



Energie

Gemeinsam mit der Organisation für industrielle Entwicklung der Vereinten Nationen (UNIDO) organisierte die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit eine Konferenz des *Global Forum on Sustainable Energy* (GFSE). Diese beschäftigte sich mit einer integrierten Energie-Agenda nach 2020, insbesondere mit der Absicherung nachhaltiger Politiken und Investitionen. Die Konferenz soll künftig alle zwei Jahre stattfinden. GFSE-Workshops finden vermehrt auch im Rahmen von Energiekooperationen auf Programmebene statt. So wurde etwa 2009 in Managua eine regionale GFSE-Konferenz zu Solarthermie durchgeführt, bei der ExpertInnen den vielfältigen Einsatz von Solarthermie in Zentralamerika diskutierten und erfolgreiche Fallbeispiele präsentierten.

Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit ist im Energiesektor in allen relevanten EU-Lenkungsgremien der Entwicklungszusammenarbeit aktiv beteiligt (*EU-Africa Infrastructure Trust Fund*, EU-Energieinitiative und deren *Partnership Dialogue Facility*, EU-Energiefazilität, *Energy Sector Management Assistance Programme*). Weiters führt Österreich gemeinsam mit Deutschland den Vorsitz in der EU-Afrika-Energiepartnerschaft. ■

Schlüsselbegriff

■ ENERGIELEITER

Die Energieleiter zu erklimmen bedeutet, die Emissionen zu senken und gleichzeitig die Energieeffizienz zu steigern. Die Energieeffizienz steigt sukzessive, wenn anstelle von Dung landwirtschaftlicher Abfall, Holz, Holzkohle, Kerosin, Flüssiggas oder Strom zum Kochen verwendet wird.

Geografische Schwerpunkte der OEZA-Aktivitäten im Bereich Energie





Aktivitäten 2009

Der Energiesektor gewinnt wieder an Substanz. 2009 konnten die regionalen Kooperationen deutlich gefestigt werden. Im Himalaya-Hindukusch startete die zweite Phase der Zusammenarbeit mit dem *International Centre for Integrated Mountain Development* für nachhaltige Energielösungen auf Hochalmen. In Zentralamerika verlängerte die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit ihre Beteiligung an der Energie- und Umweltpartnerschaft bis 2012. Im südlichen Afrika startete sie gemeinsam mit der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit das regionale Solarthermieprojekt SOLTRAIN sowie ProBEC im Biomassebereich. In Kooperation mit Finnland, der Südafrikanischen Entwicklungsgemeinschaft (SADC) und der Ostafrikanischen Gemeinschaft (EAC) erarbeitete die OEZA einen Projektvorschlag zur Gründung einer Energiepartnerschaft mit dem südlichen Afrika sowie Kenia und Tansania. Diese wird 2010 starten. Nahezu all diese Programme werden im Sinne der Pariser Deklaration mit lokalen Institutionen und häufig mit mehreren Gebern abgewickelt.

Ein Meilenstein in der Zusammenarbeit mit Bhutan war der Baubeginn des von der *Asian Development Bank* und der Oesterreichischen Kontrollbank kofinanzierten Wasserkraftwerks Dagachhu im Oktober 2009. Die OEZA unterstützt die lokale Betreibergesellschaft durch die Ausbildung von ExpertInnen für die Bau- und Montageleitung. Dadurch wurden auch Kontakte zum österreichischen *Clean Development Mechanism*-Programm gestärkt und eine Möglichkeit für den Ankauf von Zertifikaten geschaffen.

Ende November 2009 schloss die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit mit der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) und UNIDO die Projektentwicklung für das regionale ECOWAS-Zentrum für erneuerbare Energien und Energieeffizienz erfolgreich ab. Das Zentrum wird die 15 Länder der Region dabei unterstützen, Barrieren zur Nutzung alternativer Energieträger abzubauen und Kapazitätenentwicklung im Bereich erneuerbare Energietechnologien zu forcieren.

Erfolge 2009

Südliches Afrika: Energieeffizienz durch Biomasse

Partner: Southern African Development Community, Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GmbH

Das Programm „Effiziente Nutzung von Biomasseenergie im südlichen Afrika“ verbessert den Zugang zu Energie und die Versorgungssicherheit für Menschen mit geringem Einkommen in der SADC-Region. Gemeinsam mit Deutschland, den Niederlanden und Norwegen unterstützt Österreich die Herstellung und Verbreitung energieeffizienter Herde. Weiters werden ein Kompetenzzentrum in Malawi, Wirtschaftspartner in Mosambik sowie die Erarbeitung von Biomassestrategien und deren Integration in Sektorpolitiken und Armutsminderungsstrategien gefördert.

Erzielte Ergebnisse

- Verkauf von rund 55.000 verbesserten Öfen im zweiten Halbjahr 2009
- Schrittweise Übernahme der Aktivitäten und der Finanzierung durch die Einzelstaaten und die SADC

Bhutan: Bessere Energieversorgung in Rangjung

Schwere Hochwässer beschädigten 2003 das mit österreichischer Unterstützung von 1993 bis 1996 errichtete Kleinwasserkraftwerk in Rangjung. Produktionsausfälle waren die Folge. Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit und der bhutanische Energieversorger erstellten und finanzierten gemeinsam ein umfangreiches Rehabilitationsprogramm. Die Reparaturen, technologischen Updates und Ausbildungen in Tirol, Indien und Bhutan wurden zwischen 2003 und 2009 schrittweise umgesetzt.

Partner: Bhutan Power Corporation

Erzielte Ergebnisse

- Verbesserte Versorgungssicherheit für rund 65.000 KonsumentInnen in den Ostprovinzen Bhutans
- Verringerung der Netzausfälle von 25 Stunden im Jahr 2005 auf ca. 5 Stunden im Jahr 2009 pro Anschluss

Zentralamerika: Energie- und Umweltpartnerschaft

Österreich trat 2007 der Energie- und Umweltpartnerschaft mit Zentralamerika bei. Diese finanziert seit 2003 mehr als 200 Modell- und Pilotprojekte in den Bereichen erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Umweltschutz in Mitgliedsländern der Regionalorganisation Sistema de la Integración Centroamericana (SICA). So werden etwa Wind- und Kleinwasserkraftwerke in Nicaragua errichtet, solarbetriebene Gefriergeräte für eine Fischerkooperative in Panama gefördert, geothermische Energie in der Lebensmittelindustrie in Guatemala eingesetzt und Öko-Herde für Familienhaushalte in Honduras unterstützt. Österreich leistet vor allem in den Bereichen Wasserkraft, Solarthermie und Biomasse einen Beitrag.

Partner: Secretaría General del Sistema de la Integración Centroamericana (SG-SICA), Comisión Centroamericana de Ambiente y Desarrollo, Europäische Union, finnisches Außenministerium

Erzielte Ergebnisse

- Bis Ende 2009 wurden rund 4 Millionen Euro investiert und
- 64 Studien und Pilotprojekte in den Bereichen Kleinwasserkraft, Biogas, Photovoltaik, Windenergie usw. umgesetzt.
- Dadurch haben 8.100 Haushalte bzw. etwa 48.000 Personen Zugang zu Energie.



Governance

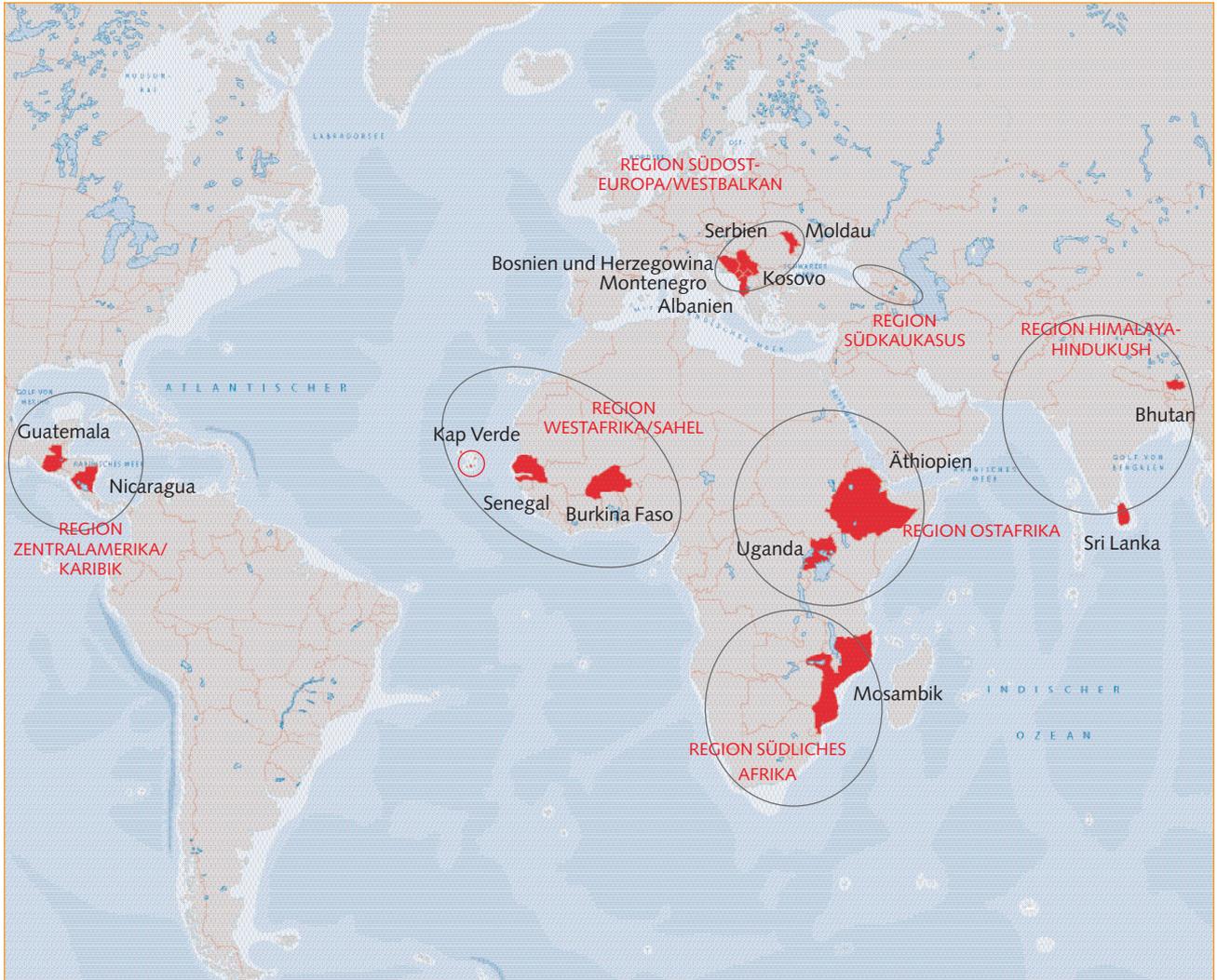
Im Dezember 2008 gab die Generalversammlung der Vereinten Nationen das Zusatzprotokoll zum VN-Sozialpakt über Individualbeschwerdeverfahren zur Ratifikation frei. Dies war für den Menschenrechtsbereich von zentraler Bedeutung. Das Protokoll ermöglicht Einzelpersonen oder Gruppen, Beschwerden beim zuständigen Menschenrechtsausschuss einzubringen, wenn sie ihre wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte verletzt sehen und der nationale Rechtsweg bereits ausgeschöpft wurde. Bis Ende 2009 unterzeichneten 31 Staaten das Zusatzprotokoll.

Im Sinne der Umsetzung der Pariser Deklaration erarbeitete das *Network on Governance* des Entwicklungshilfeausschusses (DAC) der OECD *Draft Principles on Aid Effectiveness and Human Rights*. Weiters einigten sich die Mitglieder der Konvention der Vereinten Nationen gegen Korruption auf ein Organ, das die Umsetzung des Übereinkommens überprüfen wird.

Ein besonderes Anliegen des OECD-Entwicklungshilfeausschusses, der EU und der Weltbank sind bessere Entwicklungsergebnisse in fragilen Ländern. Kohärentes, koordiniertes und komplementäres Vorgehen aller Geber ist dafür wesentlich. Ein Meilenstein auf dem Weg dorthin war nach der Pariser Erklärung, der *Accra Agenda for Action* und den Prinzipien für internationales Engagement in fragilen Staaten des DAC die „3C“-Konferenz (*coordinated, complementary and coherent*), die im März 2009 in Genf stattfand.

Im Bereich Dezentralisierung setzten sich die GebervertreterInnen auf internationaler Ebene in einer informellen Arbeitsgruppe intensiv mit Kohärenz und Harmonisierung bei der Unterstützung von Kapazitätsentwicklung und fiskalischer Dezentralisierung auseinander. ■

Geografische Schwerpunkte der OEZA-Aktivitäten im Bereich Governance





Aktivitäten 2009

Mit Unterstützung lokaler Partner setzte die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit die Leitlinien *Good Governance*, Menschenrechte sowie Friedenssicherung und Konfliktprävention weiter um. Fortbildungen und Veranstaltungen fanden etwa zum Thema Kinderrechte statt, Publikationen wie das Fokuspapier Korruptionsbekämpfung wurden aktualisiert und neu aufgelegt. Gearbeitet wurde weiters am Handbuch Menschenrechte als Hilfestellung für die praktische Umsetzung der Leitlinien. Beratungen zu den Themen *Governance* und Menschenrechte erfolgten insbesondere für die Koordinationsbüros Montenegro, Bhutan und Uganda.

Auf internationaler Ebene wirkte die OEZA im Entwicklungshilfausschuss der OECD wie auch in den EU-Arbeitsgruppen zu Menschenrechten und Anti-Korruption sowie zu Friedenssicherung und Konfliktprävention mit. Damit leistete sie einen aktiven Beitrag zur Gestaltung und Ausformulierung von Politiken und praktischen Handlungsanleitungen.

2009 wurde eine Arbeitsgruppe zum Thema Fragilität und fragile Staaten gegründet, an der VertreterInnen des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten (BMeiA) und der ADA sowie von wissenschaftlichen Einrichtungen und Nichtregierungsorganisationen teilnehmen. Diese befasst sich mit Möglichkeiten der Umsetzung der zehn Prinzipien des DAC für internationales Engagement in fragilen Staaten und Situationen.

Im Themenbereich Friede, Sicherheit und Entwicklung kam es zu einem verstärkten interministeriellen Dialog über die Sicherheitssektor-Reform und die VN-Sicherheitsrats-Resolution 1325. Die OEZA nahm daran aktiv teil. In der Regionalprogrammierung wurde das Thema Friede und Sicherheit insbesondere im Rahmen der EU-Afrika-Strategie und bei der Einrichtung von Frühwarnsystemen der ECOWAS berücksichtigt.

Infolge der Wirtschaftskrise stehen lokale Verwaltungen, vor allem in abgelegenen Regionen, vor großen Herausforderungen. Die geringeren öffentlichen Mittel werden eher in größere Städte bzw. in ökonomisch profitablere Regionen investiert. Um das Entwicklungsgefälle nicht noch mehr zu verstärken, setzte sich die OEZA im Dialog mit anderen Gebern dafür ein, lokale Interessen und Prioritäten in der politischen Diskussion weiter zu unterstützen. Auch Maßnahmen zu Kapazitätsentwicklung sollen gefördert, die Anwendung von Finanzierungsinstrumenten verbessert und partizipative Prozesse in der lokalen Planung und Budgetgestaltung gestärkt werden.

Erfolge 2009

Uganda: Übergangsjustiz

Partner: *International Center for Transitional Justice*

Gewaltsame Zusammenstöße prägten die Geschichte Ugandas. Während der Großteil des Landes weitgehend zu Stabilität und Sicherheit zurückfand, litt der Norden 22 Jahre lang unter dem Konflikt mit der Lord's Resistance Army (LRA). Österreich unterstützt den Friedensprozess und die bisher unzureichende Auseinandersetzung mit Übergangsjustiz (*Transitional Justice*). Dabei werden für die

Opfer wesentliche Aspekte wie Wahrheitsfindung, Erinnerungsarbeit oder Gedenkstätten thematisiert und die lokale Bevölkerung sowie VertreterInnen der Zivilgesellschaft, vor allem Frauen, Kinder und ehemalige LRA-SoldatInnen, für den Dialog mit der Regierung gestärkt. Von der umfassenden Expertise des Projektpartners in *Transitional Justice* profitiert auch der ugandische Justizsektor.

Erzielte Ergebnisse

- Bessere Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft und Justiz
- Vermehrte Durchsetzung von Opferrechten und Beitrag zum Versöhnungsprozess durch gestärkte Kapazitäten der Zivilgesellschaft und des Justizsektors

Kap Verde: Gemeindeverband übernimmt Regionalentwicklung

Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit unterstützt den Gemeindeverband der Insel Santiago dabei, das Regionalentwicklungskonzept für die Insel weiterzuentwickeln und umzusetzen. Das Konzept basiert auf den aktuellen Plänen der Regierung für Bereiche wie Raumordnung, Umweltschutz oder Tourismusentwicklung. Im Vordergrund stehen die Vermittlung von Know-how in partizipativer Planung, d. h. unter Einbindung aller Gemeinden der Insel, sowie Beratung zur Förderung von Synergien und gleichzeitigem Schutz der natürlichen Ressourcen. Die Gemeinden werden dabei unterstützt, gemeinsame Interessen zu definieren und umzusetzen.

Partner: Draxl & Zehetner Consulting Network GmbH, Associação dos Municípios de Santiago

Erzielte Ergebnisse

- Gestärkte Kapazitäten von Gemeindeverwaltungen und lokalen Institutionen durch verbindliche Organisationsstrukturen (Organigramm, Statuten, Geschäftsordnung, wesentliche Prozessregeln) und die Einführung von Monitoring und Selbstevaluierungsprozessen
- Gestärkte Vertrauensbasis und praktische Kooperationsbereitschaft zwischen den Gemeinden
- Nachhaltiges, von den Gemeinden in einem partizipativen Prozess erarbeitetes Regionalentwicklungskonzept sowie Gemeindeentwicklungspläne für den Großteil der Gemeinden der Insel Santiago

Südosteuropa: Konfliktlösung in Gemeinden

Wie können schwelende interethnische Konflikte entschärft werden? Mit dieser Frage beschäftigen sich lokale EntscheidungsträgerInnen aus vier multiethnischen Gemeinden Serbiens, Mazedoniens und des Kosovo in einem integrativen Mediationsprozess. Dabei geht es darum, die Konfliktlösungskompetenzen der Beteiligten zu stärken, Bewusstsein für die Probleme von Minderheiten zu schaffen und Vertrauen zwischen den ethnischen Gruppen aufzubauen. Die Streitfragen und Interessen der Konfliktparteien werden analysiert und anschließend gemeinsam vertrauensbildende Maßnahmen und Lösungsstrategien erarbeitet. Auf dieser Grundlage sollen Minderheiten in die lokalen politischen Strukturen einbezogen werden.

Partner: CSSP Verein für Integrative Mediation e. V.

Erzielte Ergebnisse

- Kapazitätsentwicklung lokaler MediatorInnen, Vertrauensbildung zwischen interethnischen Gruppen



Bildung und Wissenschaft

Der Weltbildungsbericht der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) informiert jährlich über den Stand der Umsetzung der sechs Bildungsziele des Weltbildungsforums 2000 in Dakar: Ausbau frühkindlicher Förderung und Erziehung, Grundschulbildung für alle Kinder, Absicherung der Lernbedürfnisse von Jugendlichen und Erwachsenen, Halbierung der Analphabetenrate bei Erwachsenen, Gleichberechtigung der Geschlechter und Verbesserung der Bildungsqualität.

Etwa 72 Millionen Kinder im Grundschulalter und 71 Millionen Jugendliche weltweit besuchen keine Schule. Eine der Hauptursachen ist Armut. Kosten für die Schulbildung stehen in Konkurrenz zu den Ausgaben für Gesundheits- und Nahrungsversorgung. Ungleichheiten hinsichtlich des Geschlechts sind tief im Bildungssystem verankert. Die Zahl der erwachsenen Analphabeten, davon zwei Drittel Frauen, hat sich kaum verringert. Zwar wurden wichtige Erfolge erzielt, trotzdem fehlen laut UNESCO-Bericht jährlich 16 Milliarden US-Dollar, um bis 2015 das Ziel „Bildung für alle“ zu erreichen.

Ein herausragendes Ereignis im Jahr 2009 war die Weltkonferenz „Die neue Dynamik in Hochschulbildung und Forschung für sozialen Wandel und Entwicklung“. Die TeilnehmerInnen gingen der Frage nach, welche Rolle Hochschulen für nachhaltige Entwicklung und Armutsminderung spielen. Ein Schwerpunkt lag auf der Revitalisierung der Hochschulbildung in Afrika. ■

Schlüsselbegriff

■ KAPAZITÄTSENTWICKLUNG

ist ein interner Veränderungsprozess, der von den Akteuren selbst ausgeht und getragen wird. Ausbildung allein genügt nicht. Es braucht dazu das Wissen und Können von Personen und Gruppen, qualitativolle Institutionen sowie ein Umfeld, das diesen Prozess unterstützt.

Geografische Schwerpunkte der OEZA-Aktivitäten im Bereich Bildung und Wissenschaft





Aktivitäten 2009

Ein gut funktionierendes und stabiles Hochschulsystem ist eine unentbehrliche Voraussetzung, um genügend hochqualifizierte Fachkräfte für die eigenständige Entwicklung eines Landes ausbilden zu können. Vor diesem Hintergrund und auf Basis der Empfehlungen der Evaluierung des Bildungssektors im Jahr 2007 veröffentlichte die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit im April 2009 die Strategie Hochschulbildung und Wissenschaftskooperation. Im Mittelpunkt steht die Kapazitätsentwicklung öffentlicher Hochschulen in den Schwerpunktländern, damit diese verstärkt im Sinne von Armutsminderung tätig werden können.

Kapazitätsentwicklung ist als umfassender interner Veränderungsprozess zu verstehen, der die gezielte Einföderung von Fachkräften, die Organisationsentwicklung sowie die Systemebene gleichermaßen betrifft. Die Bereitstellung von Stipendien allein ist also kein adäquates Mittel, um die Leistungsfähigkeit von Bildungs- und Forschungsinstitutionen zu verbessern. Vielmehr geht es zusätzlich um höhere Qualität in Lehre und Forschung sowie um bessere Kapazitäten in den Bereichen Planung, Leitung, Organisation, Verwaltung und Politikformulierung.

Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit hat daher ihre finanziellen Mittel gebündelt und zwei traditionelle Stipendienprogramme in das institutionelle Hochschulkooperationsprogramm APPEAR (*Austrian Partnership Programme in Higher Education and Research for Development*) umgestaltet. Dieses unterstützt mehrjährige Partnerschaften zwischen Hochschulen in Schwerpunktländern und Österreich. Die Kooperationen konzentrieren sich auf die Themen Armutsminderung, Friedenssicherung und Konfliktprävention, Erhaltung der Umwelt und Schutz der natürlichen Ressourcen, Gender, Wasser und Siedlungshygiene, ländliche Entwicklung, Energie, Privatsektorentwicklung, Bildung und *Governance*. Außerdem sollen in den Partnerländern die wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Kompetenzen gestärkt werden, die zur Umsetzung der nationalen Armutsminderungsstrategien erforderlich sind.

Die für beide Seiten gewinnbringende Zusammenarbeit wird dazu beitragen, dass Hochschulen im Süden ihre Lehre, Forschung und ihr Management qualitativ verbessern und in Österreich Entwicklungsforschung an Bedeutung zunimmt.

Erfolge 2009

Ostafrika: Ausbildung und Forschung im Bereich Wassermanagement

Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit unterstützt Forschungs- und Ausbildungszentren im östlichen Afrika. Lokale Fachinstitutionen lernen, eigenständig Forschung zu nachhaltigem Wasser- und Gewässermanagement zu konzipieren und durchzuführen. Auch erhalten sie das notwendige Know-how, um die EntscheidungsträgerInnen ihrer Länder sachkundig zu beraten. Dafür wird das internationale *M.Sc. Programme Environmental Science, Specialization Limnology & Wetland Ecosystems* aufgebaut. Dieses besteht aus Trimestern, die jeweils in den Niederlanden, Kenia und Österreich absolviert werden. Den Abschluss bildet eine 6-monatige Diplomarbeit im östlichen Afrika. Die ostafrikanischen und europäischen Studienpläne sowie akademische Qualitätssicherungsmaßnahmen werden harmonisiert, die Egerton Universität in Kenia erhält eine bessere wissenschaftlich-technische Ausstattung.

Partner:
 Institut für Limnologie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Österreich,
 Egerton Universität, Kenia,
 UNESCO-IHE Institute for Water Education, Niederlande

Erzielte Ergebnisse

- Ausbildung von mehr als 470 jungen WissenschaftlerInnen aus 60 Entwicklungsländern in 35 Jahren, darunter 290 afrikanische ExpertInnen
- Aufbau eines qualitativ hochwertigen Kurstrimesters an der Egerton Universität innerhalb des internationalen *M.Sc. Programme*
- Intensivere regionale und internationale Zusammenarbeit durch den Aufbau der *Eastern Africa Water Association* mit mehr als 200 Mitgliedern

Südosteuropa/Österreich: Balkan Case Challenge

Die *Balkan Case Challenge* eröffnet 140 Studierenden aus elf Ländern Südosteuropas und Österreich neue Chancen und Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt. In Fallstudienbewerben wenden die Studierenden ihr theoretisches Wissen praktisch an und präsentieren ihr Können vor möglichen zukünftigen Arbeitgebern. Darüber hinaus trägt die *Balkan Case Challenge* dazu bei, für die Potenziale Südosteuropas Bewusstsein zu schaffen und die Balkanregion als integralen Teil eines gemeinsamen Europas zu begreifen. Das Projekt umfasst Fallstudienbewerbe in den Partnerländern und Wien, *Recruitment Events*, den Aufbau eines Alumni-Netzwerks und Begleitmaßnahmen an den Universitäten Südosteuropas.

Partner: World University Service Austria

Erzielte Ergebnisse

- Jobangebote für 30 Studierende im Jahr 2009
- 150 Job-Interviews geführt und 45 Praktika in Österreich absolviert
- 97 Prozent der Teilnehmenden haben ein besseres Verständnis für europäische Werte



Wirtschaft und Entwicklung

Armutsminderung braucht wirtschaftliches Wachstum und einen leistungsfähigen Privatsektor. Dessen Stärkung ist daher ein wichtiges Thema in der Entwicklungszusammenarbeit. Es gilt, geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen und flexible Instrumente zur Unterstützung anzubieten. Ebenso sind privatwirtschaftliche Initiativen aus Industrieländern gefragt. Von Kooperationen zwischen Entwicklungszusammenarbeit und Wirtschaft können beide Seiten profitieren.

Solche Partnerschaften richtig aufzusetzen ist auch für andere Geber ein wichtiges Thema. Gemeinsam mit dem *Donor Committee for Enterprise Development* (DCED) organisierte die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit im Juni 2009 ein Netzwerktreffen, an dem 30 VertreterInnen aus 14 Ländern teilnahmen. Einigkeit besteht über die Bedeutung von Kooperationen, über die Definition und Ausrichtung entsprechender Programme gehen die Meinungen allerdings auseinander. Diese Kluft soll durch engere Zusammenarbeit überwunden werden.

Große Aufmerksamkeit gilt auch der Frage, wie im Bereich Privatspektorentwicklung Ergebnisse zu messen und zu berichten sind. Im Rahmen des DCED entwickelten die Geber einen Standard, der entsprechende Mindestanforderungen definiert. Außerdem wurden Trainingsmaßnahmen erarbeitet, um die Umsetzung von Wirtschaftspartnerschaften zu unterstützen. ■

Schlüsselbegriff

■ WERTSCHÖPFUNGSKETTE

ist ein Netzwerk von Unternehmen, deren Aktivitäten ein Produkt von der Konzeption bis zu den KonsumentInnen bringt. Entwicklungsländer sind zunehmend Teil internationaler Wertschöpfungsketten. Transparenz trägt zu fairen Bedingungen zwischen den Netzwerkpartnern bei.

Geografische Schwerpunkte der OEZA-Aktivitäten im Bereich Wirtschaft und Entwicklung

Wirtschaftspartnerschaften sind grundsätzlich in allen Entwicklungsländern möglich.





Aktivitäten 2009

Die neue Leitlinie Wirtschaft und Entwicklung verleiht dem Arbeitsbereich ein schärferes Profil. Dies entspricht einer Empfehlung der ADA-Evaluierung. Die bewährte 3-Säulen-Strategie wird fortgeführt. Diese setzt an folgenden Interventionsebenen an: Verbesserung der Rahmenbedingungen für privatwirtschaftliches Engagement, direkte Stärkung des lokalen Privatsektors und Einbeziehung der österreichischen Wirtschaft.

Seit 2006 ist die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit Mitglied der *Private Infrastructure Development Group* (PIDG). Seither hat sie 10 Millionen US-Dollar zu den PIDG-Fazilitäten InfraCo, DevCo (*Infrastructure Development Collaboration Partnership Fund*) und TAF (*Technical Assistance Facility*) beigetragen. Die Zuwendungen wurden Infrastrukturprojekten in den Sektoren Energie, Wasser und Transport in den afrikanischen Partnerländern der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit zweckgewidmet. Ende 2009 hatte PIDG ein Portfolio von 98 laufenden oder abgeschlossenen Projekten mit einem Gesamtvolumen von 334 Millionen US-Dollar. Die Projekte mobilisierten Privatsektorinvestitionen von mehr als 10 Milliarden US-Dollar und ermöglichten 29,7 Millionen Menschen erhöhten bzw. 46,8 Millionen Menschen verbesserten Zugang zu Infrastrukturdienstleistungen. Weiters brachten die Maßnahmen lokalen Regierungen direkte Einnahmen in der Höhe von 1,2 Milliarden US-Dollar und wurden 1,5 Milliarden US-Dollar an Subventionen eingespart. Mehr als 90.000 langfristige Arbeitsplätze wurden geschaffen, rund 13.000 Personen fanden kurzfristige Jobs in der Baubranche.

In einer strategischen Partnerschaft setzen die Weltbank und die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit regionale Aktivitäten des *Program of Accounting Reform and Institutional Strengthening* (REPARIS) um. Das Programm wird vom *Centre for Financial Reporting Reform* der Weltbank in Wien durchgeführt. Es zielt darauf ab, die Praxis der Rechnungslegung von Unternehmen in Südost- und Zentraleuropa zu verbessern und an EU-Standards heranzuführen. Dadurch werden Grundlagen für ausländische Direkt- und Portfolioinvestitionen geschaffen, die Entwicklung des Privat- und Finanzsektors gestärkt und die Integration bzw. Harmonisierung mit der EU gefördert. Im Juni 2009 wurde die *Kick-off*-Phase des regionalen Programms beendet. Bei einer Ministerkonferenz im Dezember 2009 in Wien wurde umfangreiche Unterstützung für das Programm sichergestellt. Zur strategischen Steuerung wurden drei *Governance*-Gruppen eingerichtet, die das Programm in verschiedenen Bereichen beraten werden. Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit plant, REPARIS bis 2013 mit jährlich etwa 1,2 Millionen Euro zu unterstützen.

Die Kooperation mit der Internationalisierungsoffensive des Bundesministeriums für Wirtschaft, Familie und Jugend (BMWFJ) wurde fortgesetzt. Dadurch konnte die OEZA wichtige Maßnahmen und Aktivitäten finanzieren und ihr Programm im Bereich Wirtschaft und Entwicklung abrunden. Ein wesentlicher Bestandteil der Kooperation war die gemeinsame Verbindungsstelle in Brüssel. Diese wurde Ende September 2009 aufgelöst, da die Synergieeffekte hinter den Erwartungen zurückgeblieben waren. Erfolgreich war hingegen die österreichische Beteiligung am Portal www.business-anti-corruption.com. Weiters wurde der UnternehmerGuide Entwicklungsländer neu aufgelegt. Außerdem leistete das BMWFJ einen Beitrag zur strategischen Partnerschaft der OEZA mit REPARIS. Über die Neuauflage der Internationalisierungsoffensive bis 2014 wurden Gespräche über weitere Kooperationen aufgenommen. Im Mittelpunkt werden gemeinsame Aktivitäten in der Schwarzmeerregion stehen.

Das Programm Wirtschaftspartnerschaften ist seit Mitte 2009 vollständig in die Strukturen der ADA integriert und wird vom zweiköpfigen Team des Büros für Wirtschaftspartnerschaften betreut. Entsprechend den Empfehlungen der ADA-Evaluierung wurden eine neue Förderrichtlinie sowie verbesserte Antragsdokumente erstellt. Dies ermöglicht eine differenziertere Auswahl und somit eine bessere Qualität der beantragten Vorhaben.

2009 wurden zwölf neue Wirtschaftspartnerschaften mit einem Förderungsvolumen von 1,95 Millionen Euro und einer Eigenleistung der Partnerunternehmen von 1,97 Millionen Euro genehmigt. Unterstützt wurden weiters zwölf Machbarkeitsstudien mit einem Förderungsvolumen von rund 224.000 Euro. Seit Beginn des Programms im Jahr 2004 wurden insgesamt 63 Wirtschaftspartnerschaften genehmigt. Im Rahmen der Wirtschaftspartnerschaften wurden 2009 effektive Ausgaben von insgesamt rund 1,92 Millionen Euro getätigt.

Erfolge 2009

Tansania: Optimierte Kaffeeproduktion

Die Kaffeewirtschaft legt zunehmend Wert auf Nachhaltigkeit in ihrer Wertschöpfungskette. Insbesondere etwa 25 Millionen Kleinbäuerinnen und -bauern, die rund zwei Drittel der Weltjahresproduktion erzeugen, sollen stärker am Branchenerfolg beteiligt werden. Gleichzeitig ist die Qualität des erzeugten Rohkaffees weiter zu verbessern. Eine Wirtschaftspartnerschaft zwischen Tchibo/Eduscho Austria und *International Coffee Partners* beteiligt sich in Tansania an dieser Branchen-Initiative. Die Ergebnisse sind beeindruckend, für die nächsten Jahre wird weiteres Wachstum erwartet.

*Partner:
Tchibo/Eduscho Austria,
International Coffee
Partners*

Erzielte Ergebnisse

- Zusätzliches Einkommen von jährlich etwa 300.000 US-Dollar in der Projektregion durch höhere Ernteerträge und bessere Qualität



Bosnien und Herzegowina: Guter Boden für Granatäpfel

Partner: Obsthof Retter

Der steirische Obstbauer und Getränkehersteller Werner Retter lässt in Bosnien und Herzegowina Granatäpfel anbauen bzw. aus wildem Wuchs durch die Landbevölkerung ernten. Aus den Früchten entsteht wohlschmeckender Bio-Granatapfelsaft für den europäischen Markt. Die Wirtschaftspartnerschaft rechnet sich nicht nur für den steirischen Getränkehersteller: Von der Lieferkette profitieren alle Beteiligten – von den Kleinbauern und -bäuerinnen sowie den WildsammlerInnen über die ErstverarbeiterInnen bis hin zu den VermarkterInnen. In der Gegend entstanden neue Arbeitsplätze, rund 1.000 Familien verfügen über eine neue Einnahmequelle. Die Region kann sich mit einem Qualitätsprodukt auf dem internationalen Markt einen Namen machen, und das Land mit einer negativen Handelsbilanz hat ein neues attraktives Exportprodukt – ein Gewinn für alle.

Erzielte Ergebnisse

- Zusätzliches Einkommen für 1.000 Familien

Kap Verde: Energie aus Wind statt Diesel

Der Energiebedarf auf Kap Verde wird vor allem durch Dieselgeneratoren gedeckt. Ein privates Windenergieprojekt verringert die Abhängigkeit von importiertem Diesel. Auf vier Inseln des Archipels werden miteinander verbundene Windfarmen errichtet. Dadurch wird eine Kapazität von 28 Megawatt geschaffen, die 12 Prozent des Energiebedarfs Kap Verdes deckt. Die PIDG-Fazilität InfraCo entwickelte und strukturierte das Projekt. Um das Vorhaben umzusetzen, wurde aus Mitteln der *Technical Assistance Facility* der Aufbau lokaler Kapazitäten unterstützt.

Partner:
PIDG-Fazilitäten InfraCo, TAF
Electra

Erzielte Ergebnisse

- Windkraft soll 12 Prozent des kapverdischen Energiebedarfs decken
- Einsparung von 20.000 Tonnen importiertem Diesel und 12 Millionen US-Dollar





Armutsminderung

2009 war durch die Finanz- und Wirtschaftskrise, anhaltend hohe Nahrungsmittelpreise und den Klimawandel gekennzeichnet. Die Folgen trafen die armen und ärmsten Länder besonders hart. Der Rückgang öffentlicher und privater Investitionen sowie finanzieller Unterstützung, geringere Überweisungen von ArbeitsmigrantInnen sowie Rückschläge in der Produktion und im Export hatten schwerwiegende budgetäre Auswirkungen. Zudem nahmen Armut und Hunger sowie in vielen Gebieten soziale und regionale Ungleichheiten zu.

Eine Reihe von Veranstaltungen und verschiedene Institutionen befassten sich mit diesen strukturellen Herausforderungen und möglichen Lösungsansätzen. So setzte sich etwa das Netzwerk für Armutsminderung des Entwicklungshilfesausschusses der OECD intensiv mit den Themen Beschäftigung oder Ermächtigung als Bedingung für arbeitsorientiertes Wachstum sowie mit Systemen sozialer Absicherung auseinander. ■

Schlüsselbegriff

■ EMPOWERMENT UND INKLUSIVE PARTIZIPATION

bedeuten die Integration armer, benachteiligter und diskriminierter Bevölkerungsgruppen in bestehende sozioökonomische Systeme und laufende politische Prozesse. Eine wichtige Rolle spielt die Ermächtigung der Betroffenen, um umfassende Beteiligung zu ermöglichen.

Aktivitäten 2009

Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit widmete sich 2009 den Themen Armutsminderung und Resultatorientierung in verschiedenster Weise. So wurde etwa ein Entwurf für die Toolbox Armutsorientierte Wirkungsanalysen und Monitoring erarbeitet. Die Inhalte flossen auch in die Vorbereitungen der Landesstrategie Äthiopien ein. Zudem wurden diese für den Workshop Armutsminderung im Kontext Südosteuropa – Grundlagen, Herausforderungen, Instrumente genutzt und in diesem speziellen Kontext weiter aufbereitet.

Darüber hinaus beschäftigte sich die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit mit den strukturellen Herausforderungen der globalen Krisen und möglichen Lösungsansätzen. Neben dem Workshop zu Südosteuropa fand eine Veranstaltung zum Thema soziale Absicherung statt. Dabei wurden Systeme sozialer Absicherung als vor allem in Krisenzeiten wichtige, jedoch häufig noch sehr vernachlässigte Instrumente identifiziert, um arme, benachteiligte und verwundbare Bevölkerungsgruppen zu unterstützen und deren weiteres Absinken in die Armut zu verhindern.

Im Sinne der Resultatorientierung analysierte die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit die Ansätze, Methoden und Instrumente in den einzelnen Schwerpunktsektoren im Rahmen der Länder- und Regionalprogrammierung. Überprüft wurde auch, inwieweit sich diese tatsächlich auf armutsgefährdete Regionen und arme, benachteiligte und verwundbare Bevölkerungsgruppen konzentrierten. Darüber hinaus begleitete die OEZA fachlich und thematisch die Planung und Umsetzung der Interventionen der Partnerregierungen und anderer Geber in verschiedenen Partnerländern. Die Basis dafür bildete eine gemeinsame Bestandsaufnahme der Armutsdaten auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene sowie weiters der Methoden und Modelle der Datenerhebung, der Relevanz der Daten und ihrer tatsächliche Nutzung für die Planung, Umsetzung, das Monitoring und die Evaluierung. Auch ein gemeinsames Verständnis von Indikatoren, grundlegenden Daten und Bezugswerten sowie von deren Verwendungsmöglichkeiten ist notwendig. Im Sinne weiterer Verbesserungen müssen Schritte und Verantwortlichkeiten gemeinsam festgelegt werden. Weiters unabdingbar sind gemeinsames Lernen und Erfahrungsaustausch unter Einbeziehung aller Beteiligten und nicht zuletzt begleitende Kapazitätsentwicklung.





Erfolge 2009

Nicaragua: Programm gegen Hunger

Partner: Ministerio Agropecuario y Forestal

Mit dem Programm *Hambre Cero* will die nicaraguanische Regierung die Ernährungssituation in den ländlichen Gebieten, in denen Armut und Unterernährung am gravierendsten sind, nachhaltig verbessern. Kleinbauern und -bäuerinnen erhalten Nutztiere und Saatgut und lernen in gezielten Schulungen, ihre Ernährungssituation nachhaltig zu verbessern. Die Förderung der Landwirtschaft und die Vermarktung der Produkte auf lokalen Märkten steigern das Familieneinkommen. Der nachhaltige Umgang mit den natürlichen Ressourcen trägt dazu bei, Nahrungsmittelimporte mittelfristig zu reduzieren. Langfristig soll auch der Export landwirtschaftlicher Produkte unterstützt werden.

Erzielte Ergebnisse

- Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion durch Beratung in landwirtschaftlicher Bewirtschaftung sowie die Bereitstellung von Nutztieren, Saatgut usw. an landesweit 45.000 kleinbäuerliche Familien zwischen 2007 und 2009
- Vom österreichischen Beitrag profitierten 2009 rund 1.000 Familien

Äthiopien: Gesundheit für alle im Regionalstaat Somali

Partner: Somali Regional Health Bureau

Die Region Somali gilt als eines der am wenigsten entwickelten Gebiete Äthiopiens. Drei Viertel der Bevölkerung sind Nomaden und faktisch ohne Zugang zu öffentlichen Einrichtungen wie Schulen oder Spitälern. Die Gesundheitsversorgung ist unzureichend, die Kindersterblichkeit sehr hoch. Medizinische Betreuung vor, während oder nach der Geburt steht nur wenigen Frauen zur Verfügung. Daher arbeitet die OEZA mit der regionalen äthiopischen Gesundheitsverwaltung am Aufbau eines Gesundheitsvorsorgesystems, das an die soziokulturellen Bedingungen angepasst ist. Das Programm umfasst unter anderem die bessere Ausstattung der Gesundheitsstationen, Trainingskurse für das Gesundheitspersonal und die Bildung von Gesundheits-Komitees in den Dörfern.

Erzielte Ergebnisse

- Gesteigerte Effizienz der zuständigen Gesundheitsbehörden in acht Bezirken
- Verbessertes Zugang zu Gesundheitsversorgung für 1,3 Millionen Menschen im ländlichen Raum

Burkina Faso: Lokale Entwicklungsfonds in drei Provinzen

In den Provinzen Kourittenga, Koulpelogo und Komienga im Osten bzw. Südosten Burkina Fasos bestimmt die Bevölkerung selbst über die Entwicklung ihrer Gemeinden. Über einen lokalen Fonds stehen Mittel für Kleinprojekte zur Verfügung, über deren Vergabe eine Jury aus Dorf- und GemeindebewohnerInnen entscheidet. Zentrale Anliegen sind nachhaltige landwirtschaftliche Bewirtschaftung, Wüstenbekämpfung, Wasserversorgung und Siedlungshygiene sowie Fortbildung und Alphabetisierung. Besonderes Augenmerk gilt der Berücksichtigung der Interessen von Frauen. Gewinnerorientierte Projekte werden über Kredite finanziert, die lokale Finanzinstitutionen bereitstellen. Für besonders benachteiligte Gruppen gibt es einen speziellen Fonds, der einen Teil der Eigenleistung abdeckt, die für die Kreditaufnahme erforderlich ist.

Partner: Austroprojekt

Erzielte Ergebnisse

- Effizientere Verwaltung der lokalen Entwicklungsfonds
- Fortbildung von rund 350 LandwirtInnen, davon 170 Frauen, etwa in Futtermittelproduktion, Hühnerzucht und Kooperativenrecht sowie HIV/AIDS-Aufklärung
- Rehabilitierung von 10 Brunnen sowie Errichtung von rund 10 Mülldeponien





Gender

Die Europäische Kommission bereitete 2009 einen *Gender Action Plan* vor, der während der spanischen Präsidentschaft 2010 verabschiedet werden soll. Neu ist der dreiteilige Ansatz: Politikdialog, *Gender Mainstreaming* sowie spezifische Aktionen zu Geschlechtergleichstellung und zum *Empowerment* von Frauen.

Eine internationale Konferenz in Liberia befasste sich im März 2009 mit der Umsetzung der VN-Sicherheitsratsresolution zu Frauen, Frieden, Sicherheit und der Forderung nach ökonomischem Empowerment von Frauen zur Einkommenssicherung. Bei der Konferenz wurde auch der Grundstein für das *Angie Brooks*-Trainings- und Forschungszentrum gelegt. Dieses wird in Westafrika zu Friedenssicherung und zum Wiederaufbau nach bewaffneten Konflikten beitragen. Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit wird sich an der Finanzierung beteiligen.

Im Herbst verabschiedete der VN-Sicherheitsrat zwei weitere Resolutionen (1888 und 1889) zum Thema Frauen, Frieden und Sicherheit, die die Notwendigkeit von *Monitoring* betonen. Unter österreichischem Vorsitz wurde außerdem eine Resolution zum Schutz der Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten (1894) beschlossen, die auch den Schutz von Frauen und Mädchen vor sexueller Gewalt fordert. Den Fortschritten und Herausforderungen der Beseitigung jeglicher Form von Diskriminierung von Frauen widmete sich eine gemeinsame Veranstaltung des Außen- und des Frauenministeriums anlässlich des 30. Jahrestages der Frauenrechtskonvention im November 2009. ■

Schlüsselbegriff

■ GENDER BUDGETING

ist ein finanzpolitisches Verfahren, das die unterschiedlichen Auswirkungen von Budgetmaßnahmen auf Frauen und Männer untersucht und korrigiert.

Aktivitäten 2009

Neben *Gender Mainstreaming* in den Programmen und Projekten schenkte die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit 2009 *Gender Budgeting* große Aufmerksamkeit. Durch einen Gesetzesbeschluss wird dieses Verfahren seit Jänner 2008 allen Ministerien vorgeschrieben.

Bereits seit einigen Jahren fördert die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit ein Programm des Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für Frauen (UNIFEM) in Südosteuropa zu *Gender Responsive Budgeting*. Unter diesem Aspekt wurden 2009 in Albanien Hindernisse für die Berufstätigkeit von Frauen untersucht. Weiters wurde der mazedonische Gesundheitssektor einer genderspezifischen Kostenanalyse unterzogen. In Bosnien und Herzegowina wurden die Kosten häuslicher Gewalt ermittelt. Das Resultat führte zu einem nationalen Gewaltschutzgesetz. Alle Ergebnisse des Programms werden 2010 in einer eigenen Publikation veröffentlicht.

2009 wurde ein Arbeitskreis zum Thema *Gender Budgeting* ins Leben gerufen, in dem das Außenministerium, die ADA, das Finanzministerium, das Bundeskanzleramt und einige Nichtregierungsorganisationen vertreten sind. Im Oktober befasste sich ein Workshop mit Möglichkeiten, *Gender Budgeting* mit den Verfahren des öffentlichen Finanzmanagements zu verbinden. Eine derartige Verknüpfung ist noch neu, sehr komplex und hängt von den politischen Rahmenbedingungen sowie von den Kapazitäten in der lokalen Verwaltung, an Universitäten und in Nichtregierungsorganisationen ab.





Erfolge 2009

Bosnien und Herzegowina: Gender Action Plan

Partner: Gender Agency, Bosnien und Herzegowina

Die Gender Agency in Bosnien und Herzegowina verfasste mit Unterstützung Österreichs, Schwedens und der Schweiz einen Aktionsplan zu Geschlechtergleichstellung, der 2009 vom Parlament verabschiedet wurde.

Der Aktionsplan orientiert sich an den zwölf Themenbereichen des Aktionsplans der Weltfrauenkonferenz in Peking (1995) und umfasst sämtliche Lebensbereiche. Konkret angesprochen werden zum Beispiel politische Partizipation, Einkommen und Arbeitsmarkt, Gesundheit, Bildung, Schutz vor Gewalt und Medien.

Erzielte Ergebnisse

- Aktionsplan zur Geschlechtergleichstellung vom Parlament verabschiedet

Uganda: Das Recht auf deiner Seite

Partner: Danish International Development Agency (DANIDA); ugandische zivilgesellschaftliche Organisationen

Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit fördert seit vielen Jahren die Bereitstellung von Rechtshilfe in Uganda – zuletzt über ein gemeinsames Programm mehrerer Geber. Bis ein voll funktionierendes staatliches Rechtssystem etabliert ist, soll auf diese Weise landesweit für alle, insbesondere jedoch für Frauen, Kinder und Arme, der Zugang zu Rechtshilfe gewährleistet werden. Lokale zivilgesellschaftliche Organisationen stellen als Anwälte und Anbieter von Rechtshilfe den benachteiligten Bevölkerungsgruppen verlässliche und qualitätsvolle Leistungen zur Verfügung. Dabei wird besonderer Wert auf Aufklärung über Frauen- und Kinderrechte, vor allem auch im Fall von häuslicher Gewalt, gelegt. Dies schafft Bewusstsein und ermutigt die Bevölkerung, sich zu organisieren und gemeinsam für ihre Rechte einzusetzen.

Erzielte Ergebnisse

- Unterstützung von rund 16.000 Personen bei gerichtlichen oder schiedsgerichtlichen Verhandlungen
- Rechtsberatung für mehr als 101.000 Personen





Umwelt

Im Umweltbereich dominierte 2009 der Klimawandel die internationalen Entwicklungen. Die OECD definierte einen neuen Marker, der öffentliche Entwicklungshilfeleistungen zur Anpassung an den Klimawandel statistisch erfasst. Die Geber beschäftigten sich vor allem mit der Frage, wie sie ihre Politiken und Programme gestalten müssen, um die Partnerländer wirkungsvoll bei der Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels zu unterstützen. Die OECD lancierte dazu eine Leitlinie. Die EU verabschiedete Ratsschlussfolgerungen, die eine breite integrative Herangehensweise an Klimaschutz und Umwelt einfordern. Auch die Weltbank widmete ihren Weltentwicklungsbericht 2010 dem Thema Klimawandel. Der Fokus lag auf den wirtschaftlichen und finanziellen Herausforderungen.

Insgesamt ist das Bewusstsein für die Notwendigkeit, den Wert von Ökosystemleistungen in den wirtschaftlichen Bilanzen stärker zu berücksichtigen, deutlich gestiegen. *Green Growth* bzw. *Green Economy* gilt als Szenarium der Zukunft. Ein Meilenstein in diesem Zusammenhang ist die Studie *The Economics of Ecosystems and Biodiversity*, eine Initiative, an der das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP), die EU sowie weitere internationale Organisation und bilaterale Geber beteiligt waren. ■

Schlüsselbegriff

■ BIODIVERSITÄT

umfasst die Vielfalt innerhalb der Arten, zwischen den Arten sowie der Ökosysteme – von Molekularverbindungen einzelner Gene bis zu funktionalen Landschaftseinheiten. Vereinfacht gesagt, bedeutet Biodiversität die Vielfalt des Lebens auf der Erde.

Aktivitäten 2009

In der *Peer Review* des Entwicklungshilfausschusses der OECD wurden die Leistungen der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit im Bereich Umwelt- und Klimaschutz trotz der begrenzten Mittel als *State of the Art* gewürdigt.

Ein Höhepunkt 2009 war die Formulierung des Strategischen Leitfadens Umwelt und Entwicklung der österreichischen Entwicklungspolitik. Dieser wurde in enger Zusammenarbeit zwischen BMeiA, ADA und Lebensministerium sowie unter Beteiligung weiterer Ministerien und Organisationen der Zivilgesellschaft ausgearbeitet und im Herbst 2009 vom Ministerrat zur Kenntnis genommen.

Die Unterstützung der Partnerländer bei der Anpassung an den Klimawandel im Sinne der Umsetzung des Strategischen Leitfadens hatte die Definition eines neuen Bereichs für globale Fördermaßnahmen zur Folge. Daraus resultierte unter anderem die Zusammenarbeit mit dem Ausbildungs- und Forschungsinstitut der Vereinten Nationen (UNITAR). Österreich, die Schweiz und die EU finanzieren dessen Programm zum Aufbau von Kapazitäten für die Anpassung an den Klimawandel. Das Programm stützt sich auf den Austausch zwischen regionalen Kompetenzzentren, die Wissen über die ökologische, wirtschaftliche und soziale Dimension des Klimawandels aufbauen und das Bewusstsein für die Problematik in Politik und Gesellschaft fördern.

Andere wichtige Kooperationen wurden 2009 fortgeführt, darunter die Initiative Umwelt und Sicherheit (ENVSEC), eine Partnerschaft von internationalen und regionalen Organisationen, die sich zum Ziel gesetzt hat, grenzüberschreitende Umwelt- und Sicherheitsrisiken zu reduzieren und die Zusammenarbeit rund um Umweltschutz in Südosteuropa zu stärken.

In Mazedonien treibt der österreichische Beitrag zum „Grünen Paket“ mit innovativem, multimedialem Unterrichtsmaterial die Verankerung von Umwelterziehung in allen Grundschulen voran.

Nennenswerte Aktivitäten gab es auch im internationalen entwicklungspolitischen Dialog. Seit 2009 ist Österreich Mitglied im Büro von *Environet*, des Netzwerks für Umwelt und Entwicklungszusammenarbeit des Entwicklungshilfausschusses der OECD. Außerdem engagierte sich die OEZA in der EU-ExpertInnengruppe zur Anpassung an den Klimawandel und vertritt neuerdings





die EU im Büro der Wüstenkonvention. Die Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission und den Mitgliedsstaaten zur Erstellung einer neuen EU-Strategie zur Integration von Umweltfragen in die Entwicklungszusammenarbeit wurde fortgeführt. Konkretes Resultat wird ein gemeinsamer Input Österreichs, Finnlands und Irlands sein.

Erfolge 2009

Mazedonien: Das „Grüne Paket“

Partner: Regionales Umweltzentrum (REC), Mazedonien, mazedonisches Umwelt- und Bildungsministerium

Das „Grüne Paket“ enthält modernes Unterrichtsmaterial, das auf SchülerInnen im Grundschulalter zugeschnitten ist. Das Paket trägt dazu bei, Umwelterziehung im mazedonischen Bildungssystem zu verankern und über Aufklärung eine Verhaltensänderung der jüngsten Bevölkerung zu erreichen. Das Lehrpersonal wird umfassend für den optimalen Einsatz geschult, die SchülerInnen geben ihr umfangreiches Wissen über Umweltschutz an ihre Familien und FreundInnen weiter. Die Materialien liegen in mazedonischer und albanischer Sprache vor und wurden auch in Braille-Schrift produziert. Kleinprojekte ermöglichen den SchülerInnen in ausgewählten Gemeinden, das erworbene Umweltwissen auch in die Praxis umzusetzen. Die Gründung einer regionalen Plattform für Informationsaustausch sowie Zusammenarbeit im Umwelt- und Bildungsbereich sind vorgesehen.

Erzielte Ergebnisse

- Umwelterziehung für 100.000 GrundschülerInnen

Nicaragua: Nutzung von Land und Wäldern

Partner: Nicaraguanisches Land- u. Forstwirtschaftsministerium, nicaraguanisches Institut für Landwirtschaftliche Technologie, Institut zur Förderung der Entwicklung und Demokratie

In El Rama im Südosten Nicaraguas an der Ackerbaugrenze zum Regenwald leben viele Kleinbäuerinnen und -bauern von der Landwirtschaft. Doch die natürlichen Ressourcen sind begrenzt. Wenn der Boden nicht mehr fruchtbar genug ist, gewinnen die Bauern und Bäuerinnen durch Brandrodung neues Land. Mit dramatischen Folgen für die Umwelt: Die Wälder wurden weitgehend abgeholzt, die Artenvielfalt stark reduziert. Mit österreichischer Unterstützung stellten die Gemeinden im Süden El Ramas auf nachhaltige ökologische Anbaumethoden um. Heute sind die Pflanzen robuster und ertragreicher. Die Produktion hat sich qualitativ verbessert, die Palette an Produkten erweitert. Die Produkte werden von den Bäuerinnen verarbeitet und auf dem lokalen Markt verkauft. Viele Familien können mittlerweile einen Teil des Einkommens in die Ausbildung ihrer Kinder investieren.

Erzielte Ergebnisse

- Deutlich besserer Lebensstandard von 540 Familien in mehr als 30 Dörfern in den letzten drei Jahren

Umwelt und Sicherheit in Südosteuropa

ENVSEC ist eine gemeinsame Initiative internationaler und regionaler Organisationen, die an der Schnittstelle von Umwelt und Sicherheit arbeitet. Einerseits engagiert sie sich dafür, grenzüberschreitende Umweltrisiken etwa durch veraltete Industrie- oder Bergbaubetriebe zu verringern, andererseits verbessert sie regionale Kooperationen und den zwischenstaatlichen Dialog, indem transnationale natürliche Ressourcen gemeinsam genützt und geschützt werden. Österreich unterstützt gemeinsam mit Finnland das ENVSEC-Regionalprogramm für Südosteuropa.

Partner: Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) Wien, ENVSEC-Initiative

Erzielte Ergebnisse

- Prioritäre Industrie- und Bergbau-Hotspots auf dem Balkan wurden identifiziert und Notfallmaßnahmen initiiert.
- Grenzüberschreitende Kooperation und Feasibility-Studien zu fünf transnationalen Schutzgebieten





NRO-Kooperation

Die *Accra Agenda for Action* geht in den Paragraphen 13 und 20 explizit auf die Zivilgesellschaft als eigenständigen Akteur in der Entwicklungszusammenarbeit ein und legt Aktionspunkte für die künftige Arbeit fest. Zu deren Umsetzung wurden international zwei Prozesse lanciert: Das NRO-Konsortium *Open Forum* leitet die intensive Auseinandersetzung mit dem Thema Entwicklungseffektivität und mit den Rahmenbedingungen im NRO-Bereich. Das NRO-Konsortium *BetterAid* befasst sich mit der aktiven Einbeziehung der Zivilgesellschaft in das *Follow-up* der *Accra Agenda for Action* in den Partnerländern.

Ein intensiver Dialog über diese Prozesse sowie über die notwendigen Schritte in den Partner- und Geberländern findet im Multistakeholder-Team Zivilgesellschaft und Entwicklung statt. Dieses Team bringt sich direkt in die Arbeitsgruppe für die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit des Entwicklungshilfausschusses der OECD ein. In Österreich erfolgt diese Diskussion gemeinsam mit den Dachorganisationen der entwicklungspolitischen NRO Globale Verantwortung und Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz. ■

Schlüsselbegriff

■ RIGHT OF INITIATIVE

Bei NRO-Kofinanzierungen gilt das Prinzip Eigeninitiative. Es obliegt der jeweiligen NRO, in welcher Region und zu welchem Sektor sie Projekte durchführt. Die Projekte können komplementär zu den Sektorprogrammen sowie zu den Landes- und Regionalstrategien der OEZA sein, sie müssen aber jedenfalls mit den lokalen nationalen oder regionalen Entwicklungsplänen abgestimmt sein. Die NRO bringt substantielle Eigenmittel ein.

Aktivitäten 2009

Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft bilden die Grundpfeiler einer funktionierenden Gesellschaft. Aktivitäten zur Stärkung der Zivilgesellschaft werden daher international gefördert. Das NRO-Referat der Austrian Development Agency bietet Beratung und fördert Projekte kleiner Initiativen bis hin zu Programmen der größten österreichischen Nichtregierungsorganisationen. 2009 kofinanzierte das Referat aus Mitteln der OEZA 48 Entwicklungsprojekte in Partnerländern, die von lokalen und österreichischen Organisationen in enger Zusammenarbeit durchgeführt werden. Mit elf Rahmenprogrammen werden jeweils umfassende dreijährige Programme zur Armutsreduktion umgesetzt. Neben den gezielten Aktivitäten vor Ort umfassen diese zunehmend auch Fragen methodischer Weiterentwicklung, des Wissenstransfers und anwaltschaftlicher Tätigkeit.

Das Personalentsendeprogramm von HORIZONT3000 legt einen klaren Fokus auf die Kapazitätsentwicklung lokaler Organisationen. Projekte aus der EU-Kofinanzierung zeigen einen verstärkten Trend zu regionaler Zusammenarbeit in Konsortialpartnerschaften mit weiteren Projektpartnern.

Die Zivilgesellschaft spielt auch bei der Umsetzung der Pariser Deklaration eine wesentliche Rolle. Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit unterstützte gemeinsam mit anderen Gebern den internationalen Prozess zur Definition spezifischer Prinzipien der Entwicklungseffektivität der Zivilgesellschaft. In Österreich wurde darüber in verschiedenen Veranstaltungen und spezifischen Gesprächen zwischen NRO und der ADA diskutiert.



Erfolge 2009

Serbien: Integration von Menschen mit Behinderungen

*Partner: Evangelisches
Hilfswerk in Österreich –
Diakonie Auslandshilfe,
Ökumenisches Hilfswerk
in Novi Sad*

Von 2007 bis 2009 unterstützte die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit in Novi Sad das Ressource-Zentrum für Menschen mit Behinderungen des Ökumenischen Hilfswerks. Das Zentrum hat sich von einer kleinen Beratungsstelle für Menschen mit Behinderungen zu einer Ausbildungs-, Beratungs- und Kommunikationseinrichtung entwickelt und wird auch von den städtischen und regionalen Behörden als ernst zu nehmender Gesprächspartner anerkannt. Das Zentrum war an der Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfs beteiligt, der für Unternehmen die Verpflichtung vorsieht, ab einer bestimmten Größe Menschen mit Behinderungen einzustellen. Im Mai 2009 wurde der Gesetzesentwurf vom Provinzsekretariat angenommen.

Erzielte Ergebnisse

- Gesetz für die Integration von Menschen mit Behinderungen in den Arbeitsalltag
- Beratung von 6.600 Menschen mit Behinderungen, rund 1.400 Kontakte zu Personen, die Menschen mit Behinderungen unterstützen, und etwa 1.500 Kontakte zu Organisationen, die sich den Problemen von Menschen mit Behinderungen widmen

Guatemala: Lokales Wassermanagement

*Partner: World Wide Fund
for Nature*

Der *World Wide Fund for Nature* beschäftigte sich in den vergangenen drei Jahren intensiv mit integrativem Wassermanagement im Gebiet des Polochic-Flussbeckens in Guatemala. Neu gebaute Zisternen bieten mehr als 500 Familien Wasser in nächster Nähe. Auch die wirtschaftliche Situation der drei Gemeinden hat sich verbessert. Mithilfe eines neuen Bewässerungssystems in der Gemeinde Cancoy konnten 57 Familien, die von der Kardamom-Produktion leben, ihren Gewinn um 17 Prozent steigern. Auf einer Fläche von rund 1.300 Hektar verringerte sich die Erosion um 12 Prozent. In der Gemeinde Río Chiquito sichern die Produktion und Vermarktung von Honig mittlerweile rund 110 Arbeitsplätze. Das durchschnittliche Familieneinkommen stieg um 15 Prozent.

Erzielte Ergebnisse

- Zugang zu Wasser für mehr als 500 Familien
- 17 Prozent mehr Gewinn in der Kardamom-Produktion für 57 Familien
- Rückgang der Erosion um 12 Prozent auf einer Fläche von rund 1.300 Hektar
- 92 Arbeitsplätze gesichert, 17 neue Jobs geschaffen
- Familieneinkommen um 15 Prozent gestiegen

Familienstärkung in Äthiopien und Simbabwe

SOS-Kinderdorf führte in Äthiopien und Simbabwe vier Familienstärkungsprogramme durch. Sozial benachteiligte Kinder und deren Familien erhielten Zugang zu Bildung, Unterkunft, juristischer Beratung sowie psychosozialer Unterstützung. Die Programme verhindern, dass in besonders benachteiligten Familien die Eltern ihre Kinder verlassen oder vernachlässigen. Individuelle Familienentwicklungspläne, etwa zur Schaffung von Einkommen, wurden gemeinsam mit den Betroffenen ausgearbeitet.

Partner: SOS-Kinderdorf Österreich, SOS-Kinderdorf Äthiopien und Simbabwe

Erzielte Ergebnisse

- Konkrete Hilfe für rund 2.000 sozial benachteiligte Kinder und deren Familien





Humanitäre Hilfe

Vor allem in Konfliktgebieten wird es immer schwieriger, die Menschen, die in Not sind, zu erreichen. Das stellt die Akteure humanitärer Hilfe vor neue Herausforderungen. Gleichzeitig verlagert sich der Schwerpunkt der Interventionen immer mehr auf bessere Koordinierung, Harmonisierung und Angemessenheit bzw. generell auf die Verbesserung der Qualität.

Die Gebergemeinschaft orientiert sich zunehmend an internationalen Standards wie etwa an *Good Humanitarian Donorship*, einer Initiative, die als Rahmen für die professionelle und verantwortliche Abwicklung öffentlicher Gelder im humanitären Bereich dient. Auch Österreich hat sich zur Einhaltung dieser Standards verpflichtet und unter anderem den *European Consensus on Humanitarian Aid* der Europäischen Union bestätigt. ■

Schlüsselbegriff

■ AUSLANDSKATASTROPHENFONDS

umfasst Mittel, die infolge plötzlich auftretender Notsituationen jeweils per Ministerratsbeschluss zur Bewältigung humanitärer Krisen bereitgestellt werden. Mit dem Bundesbudget 2009 wurde der Auslandskatastrophenfonds für die Jahre 2009 und 2010 mit je 5 Millionen Euro dotiert.

Aktivitäten 2009

Humanitäre Maßnahmen

Österreich trug auch 2009 zu humanitären Programmen in chronischen Krisengebieten bei. So unterstützte die OEZA in Ostafrika Programme des Flüchtlingshochkommissariats der Vereinten Nationen (UNHCR) für etwa 55.000 großteils sudanesische Flüchtlinge in Norduganda sowie für rund 25.000 eritreische Flüchtlinge in Nordäthiopien. Der österreichische Beitrag zum Sonderprogramm Westsahara kam der Versorgung von etwa 100.000 Flüchtlingen in Algerien zugute.

Infolge unvorhergesehener Katastrophen finanzierte Österreich aus dem Auslandskatastrophenfonds 2009 humanitäre Hilfsmaßnahmen unter anderem im Gazastreifen, in Sri Lanka, Bhutan, Burkina Faso, Indonesien und auf den Philippinen in der Höhe von insgesamt 3,8 Millionen Euro.

Unter anderem unterstützte die OEZA weiters die EinwohnerInnen des Gazastreifens mit 300.000 Euro und stellte 1 Million Euro für Bevölkerungsgruppen bereit, die von der Dürre in Äthiopien und Kenia betroffen waren.

Minenaktionen

Zusätzlich zu Kampagnen und Studien zur Umsetzung der Ottawa-Konvention finanzierte die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit 2009 Entminungsprojekte und leistete Hilfe für Minenopfer in Bosnien und Herzegowina, Afrika und Afghanistan in der Höhe von insgesamt 1,2 Millionen Euro.

Nahrungsmittelhilfe des Lebensministeriums

Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft stellt jährlich 1,49 Millionen Euro zur Umsetzung der *Food Aid Convention* zur Verfügung. Ein Teil dieser Mittel wurde wieder über die Austrian Development Agency abgewickelt und der Föderation vom Roten Kreuz für die Bewältigung der Folgen der Dürre in Kenia zur Verfügung gestellt.



Projekte 2009

Rasche Hilfe für Gaza

Partner: UNRWA

Nach der Militäroffensive im Gazastreifen zum Jahreswechsel 2008/2009 unterstützte das Hilfswerk für Palästina-Flüchtlinge der Vereinten Nationen (UNRWA) die Bevölkerung im Gazastreifen beim Wiederaufbau. Der österreichische Beitrag in der Höhe von 2,5 Millionen Euro aus dem Auslandskatastrophenfonds kam rund 5.000 Familien für die Wiederherstellung ihrer beschädigten Häuser zugute.

Erzielte Ergebnisse

- Wiederherstellung der Häuser von fast 5.000 Familien

Moldau: Hilfe nach Überschwemmungen

Partner: UNICEF Moldau

Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) Moldau schloss 2009 ein erfolgreiches Projekt ab, das Familien mit Schulkindern unterstützte, die besonders von den schweren Überschwemmungen im Sommer 2008 betroffen waren. Aus dem österreichischen Beitrag in der Höhe von 150.000 Euro erhielten die Familien pro Schulkind 35 Euro, um Schulmaterialien und Kleidung zu finanzieren. Außerdem wurden drei Schulen renoviert, wovon mehr als 700 Kinder profitieren.

Erzielte Ergebnisse

- Direkte Familienbeihilfe sichert den Schulbesuch von 1.100 Kindern
- Renovierung von drei Schulen gewährleistet den Unterricht für 700 Kinder

Äthiopien: Gesundheitliche Unterstützung

Partner: CARE Österreich

Nach der internationalen Nahrungsmittelkrise 2008 startete CARE ein Nothilfeprojekt im Süden Äthiopiens, um die von Dürre betroffene Bevölkerung gesundheitlich zu unterstützen. Mehr als 20.000 besonders gefährdete Menschen, vor allem Kinder, werdende und junge Mütter, Alte und Kranke, erhielten Zusatznahrung. Außerdem profitierten mehr als 30.000 Menschen von Aufklärungsmaßnahmen über die Bedeutung von sauberem Trinkwasser und Hygiene.

Erzielte Ergebnisse

- Zusatznahrung für 20.000 Menschen
- Information von 300.000 Menschen über die Bedeutung von sauberem Trinkwasser und Hygiene





Entwicklungspolitische Kommunikation und Bildung

Die Millenniums-Entwicklungsziele und die Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung (2005–2014) der Vereinten Nationen bildeten 2009 den thematischen internationalen Hintergrund für Projekte der entwicklungspolitischen Kommunikation und Bildung, die von der OEZA gefördert wurden.

Die Europäische Union und die Vereinten Nationen bekräftigten mehrfach, dass die Millenniums-Entwicklungsziele nur erreicht werden können, wenn eine breite Öffentlichkeit in den Industriestaaten die internationalen Entwicklungsanstrengungen sowohl kritisch begleitet als auch unterstützt. Entwicklungspolitische Kommunikation auf allen gesellschaftlichen Ebenen ist daher ein Schwerpunkt aller EU-Partner und des Entwicklungshilfeausschusses der OECD. Nachhaltige Entwicklung soll demnach auf allen Stufen in die Bildungssysteme integriert und Bildung als *Key Agent* für gesellschaftliche Veränderung besonders gefördert werden.

Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit kooperierte international vorrangig mit der UNESCO, mit dem *Development Centre* der OECD und mit dem *Global Education Network Europe* (GENE), an dessen *Peer Reviews* zu Globalem Lernen in Norwegen und Polen Österreich mitwirkte. ■

Schlüsselbegriff

■ BILDUNG FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

strebt eine umfassende, zukunftsfähige Ausrichtung von Bildung an. Ziel ist, heutigen und zukünftigen Generationen ein friedliches, solidarisches Zusammenleben in Freiheit, Wohlstand und einer lebenswerten Umwelt zu ermöglichen.

Aktivitäten 2009

Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit fördert besonders die breite und qualifizierte Beteiligung der Öffentlichkeit an der Auseinandersetzung mit Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit. Zivilgesellschaftlichen Organisationen kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Diese verfügen aufgrund ihrer Erfahrungen über vielfältige Kontakte und Kompetenzen in allen Bereichen nachhaltiger Entwicklung. Darüber hinaus sind sie finanziell und personell in der österreichischen Gesellschaft gut verankert und zeichnen sich durch föderale Strukturen und Kleingliedrigkeit aus. In Österreich gibt es ca. 1.000 entwicklungspolitische Gruppen und eine ausgeprägte ehrenamtliche Struktur.

Die im Juni 2009 veröffentlichte Strategie stellt die Förderpolitik der Abteilung Entwicklungspolitische Kommunikation und Bildung in Österreich der ADA auf eine richtungsweisende und transparente Basis. Dies ermöglicht einen noch koordinierteren und effektiveren Einsatz der zur Verfügung stehenden Mittel.

2009 erzielten die Förderungen einen beachtlichen Hebeleffekt: Bei einer Gesamtfördersumme von rund 5 Millionen Euro wurden 61 Projekte umgesetzt. Zusätzlich wurden vier mehrjährige EU-Projekte österreichischer Projektträger aus Mitteln der OEZA kofinanziert. Außerdem konnten die inhaltlichen und methodischen Zugänge in der entwicklungspolitischen Bildungs-, Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit weiter verbessert werden. Die Qualitätsentwicklung der einzelnen Programme sowie der Einsatz innovativer Kommunikationsformen waren wesentliche Voraussetzungen für die Förderung. Die kontinuierliche Arbeit zu Schwerpunktthemen und mit ausgewählten Zielgruppen führte zur nachhaltigen Wirksamkeit der Projekte. Der Fokus lag vor allem auf den Millenniums-Entwicklungszielen, insbesondere auf Ziel 3 (Geschlechtergerechtigkeit), auf Fairem Handel und Globalem Lernen. Die Projekte richteten sich vorrangig an MultiplikatorInnen aus dem Bildungs-, Wissenschafts- und Kulturbereich sowie an Medien und EntscheidungsträgerInnen staatlicher und zivilgesellschaftlicher Organisationen. Die enge Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur sowie mit anderen einschlägig tätigen öffentlichen und privaten Einrichtungen führte zur Ausarbeitung einer nationalen Strategie zu Globalem Lernen im formalen Bildungswesen.

Kooperationen in den Bereichen Umwelt, Soziales, Wirtschaft und Kultur erweiterten inhaltlich und methodisch die entwicklungspolitische Kommunikation und Bildung in Österreich. Dies kam in Kampagnen zu Fairem Handel oder zu *Clean Clothes* zum Ausdruck.





Erfolge 2009

18. Internationales Film Festival Innsbruck

Partner: Otto Preminger-
Institut

Mit zahlreichen Spiel- und Dokumentarfilmen bringt das Festival jährlich einen multikulturellen Event nach Österreich. RegisseurInnen aus Afrika, Asien, Lateinamerika und Europa präsentieren Lebensrealitäten fernab von gängigen Dritte-Welt-Klischees. Die Werke werden von einer Fachjury bewertet und ausgezeichnet. Ziel ist, Filmschaffen aus Entwicklungsländern verstärkt in das österreichische Kulturangebot zu integrieren. Die VeranstalterInnen verstehen ihr Projekt auch als Netzwerk- und Diskussionsplattform und beziehen nationale und internationale Partner sowie Schulen, Universitäten und andere Bildungseinrichtungen mit ein.

Erzielte Ergebnisse

- 73 Filme bei 72 Veranstaltungen
- 5.000 BesucherInnen und damit ein Plus von 10 Prozent gegenüber 2008
- Tägliche Berichterstattung in allen relevanten Medien während der Dauer des Festivals
- Schulwettbewerb
- breiteste Kooperationsbasis

C3-Bibliothek für Entwicklungspolitik

Partner: Österreichische
Forschungsstiftung für
Internationale Entwicklung,
Frauensolidarität, BAOBAB

Die C3-Bibliothek für Entwicklungspolitik ist die umfangreichste wissenschaftliche und pädagogische Fachbibliothek Österreichs und wird gemeinsam von der Österreichischen Forschungsstiftung für Internationale Entwicklung, BAOBAB und der Frauensolidarität betrieben. Die Bibliothek ist für alle frei zugänglich und bietet seit 2009 an einem neuen attraktiven Standort in Wien Informationen zu internationaler Entwicklung, Frauen/Gender und Globalem Lernen. Auf einer Fläche von 1.500 m² umfasst die Sammlung 70.000 wissenschaftliche Bände, 200 internationale Zeitschriften, 2.000 Lernmaterialien und Spiele, zahlreiche Filme, CD-ROMs, Audio-CDs, Kinder- und Jugendbücher sowie Tages- und Wochenzeitungen.

Erzielte Ergebnisse

- Steigerung der Bibliotheksnutzung um 20 Prozent
- 7.000 neue Bücher durch Integration der Missio-Bibliothek
- 3 neue Seminarräume für die Studien Internationale Entwicklung und Genderforschung

KommEnt – Gesellschaft für Kommunikation, Entwicklung und dialogische Bildung

Als Kontaktstelle für Globales Lernen unterstützt KommEnt die Erarbeitung und Umsetzung der nationalen Strategie für Globales Lernen, bringt über internationale Vernetzung Impulse in die österreichische Diskussion ein und trägt mit Lehrgängen und Weiterbildungsangeboten zur Qualitätsentwicklung von Globalem Lernen bei. Weiters leistet KommEnt wertvolle Grundlagenarbeit zu Qualitätsentwicklung und Evaluation durch Fortbildungsveranstaltungen zu Inhalten und Methoden entwicklungspolitischer Inlandsarbeit, Beratungen zu Organisationsentwicklung und konkrete Begleitung von Evaluationsprozessen.

Partner: KommEnt – Gesellschaft für Kommunikation, Entwicklung und dialogische Bildung

Erzielte Ergebnisse

- Veröffentlichung der Strategie zu Globalem Lernen im formalen Bildungswesen
- Neuer Lehrgang Globales Lernen für MultiplikatorInnen im NRO-Bereich
- Integration des Paulo Freire Zentrums in KommEnt

Information und Öffentlichkeitsarbeit

Ausstellung Gemeinsam mehr zusammenbringen

Entwicklungszusammenarbeit zum Anhören, Ansehen und Mitmachen: Mit diesem Ziel reiste ein Container voll Entwicklung von 16. September bis 26. Oktober 2008 und von 23. April bis 10. Juni 2009 in die österreichischen Landeshauptstädte. Die interaktive, mobile Informationsausstellung „Gemeinsam mehr zusammenbringen“ vermittelte einem breiten Publikum die Ziele und Schwerpunkte der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit.

In einem Projektalbum konnten sich die BesucherInnen über Programme und Projekte der OEZA informieren. Menschen aus Österreich und den Partnerländern kamen in Hörbeispielen und Mini-Features von JournalistInnen zu Wort. Kurzfilme zeigten unterschiedliche Aspekte der Entwicklungszusammenarbeit. Das Webportal www.entwicklung.at bot einen umfassenden Überblick über die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit „auf Tour“.

Ein Betreuungsteam von Studierenden und AbsolventInnen der Studienrichtung Internationale Entwicklung der Universität Wien beantwortete die Fragen der BesucherInnen und brachte Schulgruppen spielerisch entwicklungspolitische Themen näher. Auf www.entwicklung.at stand für LehrerInnen umfangreiches Unterrichtsmaterial, das von BAOBAB aufbereitet worden war, zur Verfügung. Weiters konnten Schulen entwicklungspolitische Workshops mit ReferentInnen der Südwind Agentur bzw. von Eine Welt buchen.

Tatkräftig unterstützt wurde die Informationstour von den für Entwicklungszusammenarbeit Verantwortlichen in den Bundesländern. Das Eröffnungsprogramm gestalteten lokale entwicklungspolitische Organisationen.

Mehrteilige Serien in regionalen bzw. österreichweiten Medien begleiteten die Informationstour. Rund 1.600 BesucherInnen beurteilten mittels Fragebogen die Ausstellung durchwegs positiv.

Erzielte Ergebnisse

- Insgesamt rund 35.700 BesucherInnen
- Interaktive Vermittlung durch 90-minütige Führungen für etwa 2.000 SchülerInnen
- Rund 150 Schulworkshops mit etwa 3.100 SchülerInnen
- Gesamtreichweite der Medienkooperationen: ca. 9.430.000 Menschen

Auszeichnung

Der von der Öffentlichkeitsarbeit der ADA gemeinsam mit der Agentur Trimedia gestaltete Außenauftritt der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit wurde für den Staatspreis für Public Relations im Bereich Image-PR nominiert. Besonders positiv hervorgehoben wurden die Informationstour „Gemeinsam mehr zusammenbringen“ und das neue Webportal www.entwicklung.at.

Ke Nako Afrika – Afrika jetzt!

Im Sommer 2010 findet erstmals eine Fußball-Weltmeisterschaft auf dem afrikanischen Kontinent statt. Ke Nako stammt aus der Sotho-Sprache und bedeutet: Es ist Zeit. Auch in Österreich ist es höchste Zeit, den Blick auf den afrikanischen Kontinent zu lenken. Gemeinsam mit dem Wiener Institut für internationalen Dialog und Zusammenarbeit (VIDC) und der Afrika Vernetzungsplattform (AVP) startete daher die ADA eine österreichweite Initiative für ein vielfältigeres Bild Afrikas in der Öffentlichkeit. Stereotype und Widersprüche der gängigen Afrika-Bilder sollen thematisiert und differenzierte, überraschende oder neue Sichtweisen vermittelt werden. Die Abteilung Entwicklungspolitische Kommunikation und Bildung in Österreich der ADA rief dazu den Förderschwerpunkt Afrika 2010 aus. Dadurch wird ein breites Programmangebot bereits vor der Weltmeisterschaft den Blick auf die vielen verschiedenen Seiten unseres Nachbarkontinents lenken. In einer Pressekonferenz am 30. November 2009 wurde die Initiative der Öffentlichkeit vorgestellt.

Bereits im Oktober lief eine Kooperation mit der Universität Wien an. Im interkulturellen Seminar Atelier Afrika setzen sich Studierende des Instituts für Publizistik und Kommunikationswissenschaft mit Studierenden der Universität Addis Abeba mit dem medialen Afrika-Bild auseinander. In einer Online-Redaktion entstanden gemeinsame Artikel, die im Frühjahr 2010 in der Tageszeitung Die Presse veröffentlicht werden. Eine Spezialausgabe der Weltnachrichten zur Initiative war im Dezember einer Ausgabe der Presse am Sonntag beigelegt.

Regelmäßige Information

Vierteljährlich berichten die Weltnachrichten über Projekte, Programme, Partner und wichtige Themen der Österreichischen wie auch internationalen Entwicklungszusammenarbeit. Die Zeitschrift richtet sich an rund 6.500 entwicklungspolitisch Interessierte. Inhaltliche Schwerpunkte 2009 waren Entwicklungsfinanzierung, Südosteuropa, Bildung und Wissenschaft sowie die Initiative Ke Nako Afrika – Afrika jetzt!

Der elektronische Newsletter oeza aktuell informiert monatlich über aktuelle entwicklungspolitische Termine, Themen und Publikationen. Die LeserInnen kommen aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Medien und aus der Zivilgesellschaft.

Als Schnittstelle der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit mit der Öffentlichkeit beantwortete das Informationsbüro 2009 430 Anfragen und verschickte rund 8.000 Publikationen und Hintergrundmaterialien zu verschiedenen Fragestellungen bzw. legte diese bei Veranstaltungen auf.

